

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Lothar Fritze
Irritationen
im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß

Rosmarie Beier
Bericht zur (mentalen) Lage der Nation

Was die Besucher einer Berliner Ausstellung über die
deutsch-deutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft denken

Michael Häder/Peter Ph. Mohler
Zukunftsvorstellungen der Menschen
als Erklärungsvariable für die Krise in der DDR
und die gegenwärtige Situation in Ostdeutschland

B 27/95
30. Juni 1995

Fritze, Lothar, Dipl.-Ing. oec., Dr. phil., geb. 1954; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden.

Veröffentlichungen u. a.: Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993; Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse – Organisationsstrukturen – Funktionsmechanismen, München 1993.

Rosmarie Beier, Dr. phil., geb. 1953; Studium der Geschichte und Germanistik; ab 1988 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Aufbaustab des Deutschen Historischen Museums; seit 1990 hier Sammlungsleiterin für den Bereich Alltags-, Medizin- und Technikgeschichte und mit der Konzeptionierung und Leitung kulturhistorischer Ausstellungsprojekte betraut.

Veröffentlichungen u. a.: Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main – New York 1983; Kriegsgefangenen. Ausstellungskatalog DHM Berlin 1990; (Hrsg. zus. mit Martin Roth) Der Gläserne Mensch – eine Sensation. Zur Sozialgeschichte eines Ausstellungsobjekts, Stuttgart 1990; (Hrsg. zus. mit Bettina Biedermann) Lebensstationen in Deutschland 1900 bis 1993, Gießen 1993.

Michael Häder, Dr. sc. oec., geb. 1952; Studium der Soziologie in Berlin; Projektleiter am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Denken und Handeln in der Krise. Die DDR nach der Wende. Berlin 1991; (zus. mit Sabine Häder) Turbulenzen im Transformationsprozeß. Die individuelle Bewältigung des sozialen Wandels von 1990 bis 1992, Opladen 1995.

Peter Ph. Mohler, Prof. Dr., geb. 1945; Studium der Soziologie, Philosophie und Mediävistik an der Universität in Frankfurt am Main und Gießen; Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Abitur 1917 bis 1971, Reflexionen des Verhältnisses zwischen Individuum und kollektiver Macht in Abituraufsätzen, Frankfurt am Main 1978; (Hrsg.) Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger, Opladen 1994; (Hrsg. zus. mit J. Borg) Trends and Perspectives in Empirical Social Research, Berlin 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß

I.

Unter „Irritationen“ verstehe ich nicht die „handfesten“ Schwierigkeiten, die sich aus dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ergaben und die bekanntlich vor allem wirtschaftlicher Natur sind. Vielmehr interessieren mich die Haltungen der Bürger zu den Problemen des Vereinigungsprozesses; mich interessiert, wie diese Probleme reflektiert werden, wie man über sie spricht und welche Erwartungen und Enttäuschungen, welche Frustrationen und Irritationen auf seiten der Bevölkerung damit verbunden sind. Ich gehe davon aus, daß es sowohl im Osten als auch im Westen eine Reihe typischer Wahrnehmungsweisen sowie politischer Denkmuster gibt, die beim einzelnen zu Orientierungsschwierigkeiten, zu Fehlbeurteilungen und Mißverständnissen führen. Interessant und zugleich bedenkenswert ist dabei allerdings, daß dieses Mißverstehen, das es auf beiden deutschen Seiten gibt, nunmehr selbst ein „handfestes“ Problem zu werden droht.

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 haben sich unter der früheren DDR-Bevölkerung nicht nur Zufriedenheit, sondern auch teilweise Mißmut und Zukunftssorgen breitgemacht. Die Gründe hierfür sind bekannt, und ich will sie an dieser Stelle nicht erörtern. Lediglich einige Ergebnisse aus Meinungsumfragen sollen die Stimmungslage in Ostdeutschland kennzeichnen¹: 75 Prozent der Ostdeutschen sind der Meinung, daß sich die Gesellschaft in einer schweren Krise befindet. Etwa 80 Prozent bezeichnen als das Hauptthema die Arbeitslosigkeit. Auffällig ist dabei, daß es eine deutliche Diskrepanz zwischen der Beurteilung der

eigenen und der *allgemeinen* wirtschaftlichen Lage gibt. Die eigene wirtschaftliche Situation wird bedeutend besser eingeschätzt als die allgemeine. Dieser Effekt ist auch aus westdeutschen Meinungsumfragen bekannt und wird gewöhnlich den Medien zugeschrieben, die die Tendenz haben, schlechte Nachrichten besonders zu betonen. Im Falle der neuen Bundesländer kommt hinzu, daß die Wirtschaftslage (gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) heute tatsächlich schlechter ist als zu Beginn der Einheit. Gleichzeitig sorgen aber die gigantischen Transferleistungen von West nach Ost dafür, daß der Wirtschaftseinbruch mehr als ausgeglichen wird². Trotzdem meinen heute immer noch 18 Prozent, daß es ihnen „alles in allem“ persönlich „schlechter“ als vor der Wende gehe, 28 Prozent sind der Auffassung, daß es ihnen „genauso“ gehe wie vor der Wende. Die Einführung der politischen Ordnung nach westlichem Vorbild bezeichnen noch immer 24 Prozent der Ostdeutschen als „falsch“.

Mitunter wird wegen der teilweise in Ostdeutschland herrschenden Unzufriedenheit von westdeutscher Seite Unverständnis bekundet. Der DDR-Bürger habe doch im Herbst 1989 vor allem für Freiheit und Demokratie gestritten heißt es, und genau diese Ziele seien doch erreicht worden.

Es stimmt: Diese Ziele wurden erreicht. Man sitzt jedoch einem Vorurteil auf, wenn man glaubt, die Masse der DDR-Bürger habe im Herbst 1989 und später bei den Volkskammerwahlen im März 1990 *in erster Linie* für Freiheit und Demokratie votiert. Natürlich hat der DDR-Bürger auch für seine politische Freiheit gekämpft. Hier gab es einen Komplex von Motiven. Das *Hauptmotiv* allerdings, sowohl die DDR zu verlassen als auch das realsozialistische Experiment zu beenden und den Beitritt zur Bundesrepublik zu wählen, war *wirtschaftlicher* Natur. Die Unzufriedenheit mit den DDR-Verhältnissen entsprang vor allem einer allgemeinen Unzufriedenheit mit den materiellen Lebensbedingungen. Es war allgemein bekannt, daß diese im anderen deutschen Staat entschieden besser waren, und von diesem höheren westlichen

Überarbeitete und gekürzte Fassung eines Vortrages, der am 12. September 1994 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling, gehalten wurde.

1 Die Zahlen sind entnommen aus: Thomas Gensicke, Die Stimmung ist besser als die Lage. Stimmungs- und Wertewandel in den neuen Bundesländern, in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 8, S. 802–815.

2 Vgl. ebd., S. 804/806.

Lebensstandard ging eine große Anziehungskraft aus.

Wir sollten uns keiner Illusion hingeben: Hätte es die Partei- und Staatsführung der DDR geschafft, einen ähnlich hohen Lebensstandard (einschließlich Reisefreiheit) wie in der Bundesrepublik zu garantieren, wäre es dem normalen DDR-Staatsbürger, der politische, intellektuelle oder künstlerische Interessen nur in einem durchschnittlichen Maße verfolgt hat, wesentlich leichter gefallen, sich mit den diktatorischen Verhältnissen und deren freiheitsbesneidendem Charakter abzufinden. (Dies gilt meines Erachtens auch unter der Annahme, daß ein höheres Konsumniveau nicht-materielle Bedürfnisse in den Vordergrund treten läßt. Eine andere, hier nicht zu erörternde Frage ist, inwieweit es unter Bedingungen weitgehender Konsumzufriedenheit überhaupt diktatorischer Verhältnisse bedurft hätte, um das Projekt „Sozialismus“ fortsetzen zu können.) Jedenfalls: Ohne das Ost-West-Gefälle im Lebensstandard hätte es weder eine derartige Massenflucht gegeben, noch hätten sich genügend Menschen für den Sturz der SED-Diktatur mobilisieren lassen. Selbst die Entscheidung für den Beitritt erfolgte maßgeblich aus ökonomischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen. Der Wille zur Demokratie jedenfalls kann kaum als ausschlaggebend betrachtet werden, denn schließlich war die DDR spätestens unter der Regierung von Lothar de Maizière auf dem Wege, ein demokratischer Staat zu werden. Daraus folgt, daß der Wille zur Demokratie als Motiv für den Beitritt kaum entscheidend gewesen sein kann.

Dies wird nicht angemerkt, um die DDR-Bevölkerung zu diskreditieren (ich halte diese Einstellung eher für normal, wenn auch nicht für wünschenswert), sondern weil es etwas über die – allzugern verkannte – Erwartungshaltung aussagt, mit der die meisten DDR-Bürger in den deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß eingetreten sind.

II.

Diese Erwartungshaltung – durch uneinlösbare Versprechungen zur Bundestagswahl 1990 zusätzlich genährt – ist für einige der bestehenden Irritationen maßgeblich verantwortlich. Viele Ostdeutsche, vor allem natürlich diejenigen, die sich zu den Verlierern der deutschen Wiedervereinigung rechnen, glauben, daß Westdeutschland bzw. die

Bundesregierung noch mehr tun müßten, als bisher getan wird, um die sozialen Folgen des Vereinigungsprozesses abzufedern und den wirtschaftlichen Aufschwung anzukurbeln. Viele scheinen darüber hinaus zu meinen, Ostdeutsche besäßen, nachdem sie gleichsam stellvertretend für alle Deutschen über vierzig Jahre lang eine gemeinsame Kriegsschuld „auszubaden“ gehabt hätten, eine Art moralischen Anspruch auf gleiche Lebensverhältnisse wie im Westen.

Ganz anders ist wohl die Stimmung in Westdeutschland. Unter der westdeutschen Bevölkerung, die Milliarden von Transferleistungen aufbringt, wird dieses Anspruchsdenken mit Argwohn betrachtet. Der Ostdeutsche gilt als undankbar und wohl auch als unverschämt. Man verweist auf die schwierigen Anfangsjahre der Bundesrepublik und darauf, daß der Wohlstand hart erarbeitet werden mußte.

Ein gegenseitiges Mißverstehen dieser Art führt zu Animositäten und vertieft letztlich die mentale Teilung. Hinzu kommt in diesem Zusammenhang, daß die verschiedenen Prozesse der Übertragung des „Modells Bundesrepublik“ – so auch die Privatisierungspraktiken der Treuhandanstalt – für einen Außenstehenden teilweise undurchschaubar waren. Unter den Ostdeutschen regte sich der Verdacht, nicht immer sei hier alles mit rechten Dingen zugegangen. Kaum bestreitbar dürfte sein, daß mit der Niedrigpreisprivatisierung der Treuhandanstalt (die Preise sinken, wird eine gesamte Volkswirtschaft zum Verkauf angeboten) ein Vermögenstransfer von Ost nach West stattgefunden hat. Gleichzeitig war etwa mit der Übernahme der westdeutschen Verwaltungsstrukturen und der westdeutschen Rechtsprechung ein Transfer von Beamten, Verwaltungsexperten, Richtern, Staatsanwälten usw. von West nach Ost verbunden. Dies war unvermeidlich, wird aber im Osten wiederum als eine Art Fremdbestimmung empfunden.

III.

Das DDR-Volk hat in einer friedlichen Revolution das SED-Regime abgeschüttelt und sich von der Diktatur befreit. Viele Westdeutsche scheinen daraus den Schluß zu ziehen, der frühere DDR-Bürger müßte alles, was an die DDR erinnert, geradezu mit Abscheu betrachten, er müßte sämtliche Institutionen, jegliche institutionalisierten Formen

von Problemlösungen und dergleichen in Bausch und Bogen ablehnen. Bleiben nun auf seiten des früheren DDR-Bürgers entsprechende Verdammungsurteile aus, so können sich Westdeutsche irritiert fühlen. Der Weigerung, allzu pauschale Abwertungsurteile zu fällen, wird häufig entweder mit Unverständnis begegnet, oder man mutmaßt, es handele sich bei dem Betreffenden um einen Parteigänger des früheren Regimes.

Wer so denkt, unterliegt jedoch einem Fehlschluß. Die Ablehnung des *diktatorischen* Sozialismus schließt keineswegs aus, daß sozialistische Ideen, insbesondere sozialistische Wertvorstellungen, verinnerlicht wurden. Dies trifft für einen Großteil der früheren DDR-Bevölkerung zu. In einer „Spiegel“-Umfrage vom August 1994 hielten 71 Prozent der Ostdeutschen die Idee des Sozialismus für gut, meinten jedoch, die Politiker seien unfähig gewesen, sie zu verwirklichen³. Hier gilt es folgendes im Auge zu behalten: Es ist widerspruchsfrei möglich, auf dem Wege einer *Bilanzentscheidung* ein System als Ganzes abzulehnen, gleichwohl aber bestimmte Regelungen oder Problemlösungsansätze für bewahrenswert zu halten.

IV.

Es ist ein Mißverständnis zu glauben, in autoritären oder totalitären Systemen herrschten grundsätzlich unerträgliche Lebensbedingungen. Viele Westdeutsche scheinen sich nicht vorstellen zu können, daß man es auch in einem solchen Gesellschaftssystem mehr oder weniger freiwillig aushalten und auch unter solchen Bedingungen ein mehr oder weniger normales bürgerliches Leben führen kann. Tatsächlich halten solche Systeme für ihre Bevölkerung nicht nur Repression bereit, sondern können ihr auch *Identifikationsmöglichkeiten* bieten. Die Identifikation der Bevölkerung mit einem sozialen System hängt davon ab, *welche* Bedürfnisse und *in welchem Grade* diese Bedürfnisse in der betreffenden Lebenswirklichkeit befriedigt werden können.

Bestimmte Bedürfnisse werden in autoritären oder totalitären Systemen unter Umständen sogar besser befriedigt, als dies in pluralistischen Demokratien der Fall ist. Beispielsweise können solche Systeme – trotz ihres freiheitsbeschneidenden Charakters und trotz des Umstandes, daß sie immer auch durch Angst, zumindest aber durch

Vorsicht stabilisiert sind – ein Gefühl emotionaler Geborgenheit vermitteln. Die kollektivistische Vereinnahmung des Individuums muß nicht nur negativ erlebt werden, sondern sie kann ebenso positive Gemeinschaftserlebnisse ermöglichen. In dem Maße, in dem propagierte gesellschaftliche Zukunftsentwürfe in der Bevölkerung akzeptiert werden und eine entsprechende Mobilisierung zu gemeinsamem und gleichgerichtetem Handeln gelingt, kann ein Wir-Gefühl entstehen, das dem einzelnen inneren Halt gibt, weil es das wohl jedem Menschen – als sozialem Wesen – eigentümliche Bedürfnis nach Gemeinschaft, nach geistiger Übereinstimmung und seelischer Nähe befriedigt.

Ein weiteres Bedürfnis, dem autoritäre oder totalitäre Systeme Rechnung tragen können, ist das Bedürfnis nach *sozialer* Sicherheit. Speziell im Realsozialismus konnte in der Verbindung von Diktatur und Zentralplanwirtschaft dieses Bedürfnis auf durchaus hohem Niveau befriedigt werden. Wenn heute noch etwa 60 Prozent der Ostdeutschen meinen, ihnen ginge es unter den neuen Lebensbedingungen in puncto sozialer Sicherheit „schlechter“ als vor der Wende (nur 16 Prozent sagen „besser“), so deutet dies darauf hin, daß ein solches Sicherheitsgefühl tatsächlich verbreitet war.

Während viele Politiker, aber auch Wissenschaftler dazu neigen, die Lebenswirklichkeit im Realsozialismus in einem möglichst dunklen Licht erscheinen zu lassen, plädiere ich dafür, vorurteilsfrei auch die „Stärken“ des Realsozialismus herauszuarbeiten – und zwar nicht, um ihn zu rechtfertigen oder zu beschönigen, sondern aus folgenden Gründen: *Erstens* können wir nur auf diesem Wege begreifen, wieso diese Systeme überhaupt existieren und so lange stabil bleiben konnten; *zweitens* könnten wir ansonsten nicht nachvollziehen, wie sich in diesen Systemen – zumindest zeitweise – so etwas wie eine partielle Loyalität der Bevölkerung herausbilden konnte; *drittens* könnten wir ohne Kenntnis der Stärken des Realsozialismus die Affinitäten zur Idee des Sozialismus oder zu bestimmten Lebensformen im realen Sozialismus nicht verstehen – es sei denn, wir unterstellen hier ausschließlich ideologische Indoktrination oder repressive Sozialisation; *viertens* kann sich der frühere DDR-Bürger in Schilderungen, die ausschließlich die Schattenseiten seines früheren Lebens erfassen, nicht wiederfinden; und *fünftens* wird mit einem fragmentarischen Bild der untergegangenen Lebenswirklichkeit die Grundlage gelegt, daß letztlich auch sein Verhalten in diesem System mißdeutet wird.

³ Vgl. Der Spiegel, Nr. 33 vom 15. August 1994, S. 111.

V.

In öffentlichen Diskussionen, die sich mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beschäftigen, scheinen nach wie vor oberflächliche Urteile und populistische Platitüden die Oberhand zu behalten. Besonders beliebt sind *Übertreibungen mit wahren Kern*. Ich habe hier etwa Aussagen folgender Art im Auge: In der DDR habe es überhaupt keine Freiheit gegeben, die konkreten Lebensbedingungen hätten den Alltag *unerträglich* werden lassen, das nachstalinistische Regime hätte für die in ihm lebenden Bürger *permanent* ein tiefes Gefühl der Demütigung bedeutet, die Herrschaft der Staatsbürokratie über die Individuen sei *allgegenwärtig* und *allmächtig* gewesen, das bürokratische Kommandosystem habe *jedes* individuelle Verantwortungsgefühl und *jeden* Leistungswillen vernichtet, die *gesamte* Wirtschaft sei *völlig marode* gewesen – und dergleichen mehr.

Derartige Übertreibungen sind in ihrer Einseitigkeit tendenziell falsch. Ihr deskriptiver Gehalt ist außerordentlich gering. Sie erzeugen falsche Vorstellungen bei demjenigen, der sie wörtlich nimmt. Es handelt sich hierbei um politische Totschlagsargumente, welche zudem fatale Nebenwirkungen nach sich ziehen, die meistens nicht berücksichtigt werden: *Erstens*: Urteile dieser Art behindern nicht nur die rationale Kommunikation, sondern machen im Gegenteil das irrationale, emotionsgeladene Gerede politisch salonfähig. Langfristig gesehen ist das für die Demokratie tödlich. Denn gerade die Feinde der Demokratie, die häufig dazu neigen, an die niederen Instinkte der Menschen zu appellieren, ziehen daraus den größten politischen Nutzen. *Zweitens*: Wer die Einseitigkeit und Unangemessenheit solcher Urteile intuitiv wahrnimmt und sich davon abgestoßen fühlt, gerät leicht in Gefahr, auch ihren wahren Kern zu negieren. Letztlich wird es damit denjenigen besonders leichtgemacht, die die Unterschiede zwischen dem alten und dem neuen System nicht wahrhaben wollen. *Drittens*: Übertreibungen und Vereinfachungen, wie sie in diesen Urteilen enthalten sind, stellen im nachhinein die Kompliziertheit der Bewertungssituation in Abrede, in der jeder stand, der seine persönliche Stellung zum Realsozialismus definieren mußte. Träfen die genannten Urteile zu, erschienen differenzierte Stellungnahmen als moralisch fragwürdig, zumindest aber als dumm. Beherrschen Urteile dieser Art die öffentliche Diskussion, so kommt es zu einem geistigen Klima, in dem all denen, die auf diese oder jene Weise im

früheren System mitgemacht haben oder mit ihm auch Hoffnung verbanden, jede Chance genommen wird, sich zu ihren früheren Anschauungen oder ihrem früheren Tun zu bekennen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Ostdeutschen würde auf diese Weise nachgerade zur Unehrlichkeit gezwungen⁴. Als Ausweg bietet sich an, einen Sündenbock zu suchen, der für alles verantwortlich gemacht werden kann und auf den sich die Diskussionen konzentrieren lassen. Diesen Sündenbock scheint man in Gestalt der Stasi gefunden zu haben.

VI.

Der verbreiteten Neigung zu Übertreibungen und Unsachlichkeit scheint der Irrglaube zugrunde zu liegen, daß man besonders die negativen Seiten der DDR-Wirklichkeit aufzeigen sowie die aktiven Träger des DDR-Systems in möglichst drastischer Weise herabwürdigen muß, um ein desto positiveres Verhältnis der restlichen ehemaligen DDR-Bürger zum Staat der Bundesrepublik zu erzeugen. Es ist jedoch zu befürchten, daß eine solche Vorgehensweise weder der inneren Einheit förderlich ist, noch den eher zukunftsorientierten Nerv der Ostdeutschen trifft. Dieser Irrglaube beruht auf einer Fehleinschätzung der psychologischen Situation, in der sich die meisten ehemaligen DDR-Bürger befinden: Sie möchten sich nicht genötigt fühlen, ihr ganzes früheres Leben gleichsam „wegzuwerfen“, sie möchten nicht das Gefühl haben, daß alle ihre Anstrengungen zu nichts führten, daß alles, wofür sie sich früher eingesetzt hatten, im Grunde genommen nichts wert war, ja daß sie eigentlich „umsonst“ gelebt haben. Sie möchten eben nicht ständig hören, wie schlecht und marode alles war – fast möchte man sagen: auch in den Fällen nicht, in denen es stimmt. Es ist ein schwerer psychologischer Irrtum zu glauben, derjenige, der ein Gesellschaftssystem ablehnt, müßte deshalb gleichzeitig bereit sein, gleichsam alles, was in dieser Gesellschaft passierte und woran er in seinem aktiven Leben mehr oder weniger Anteil hatte, zu verdammen. Dies ist für einen Menschen schon aus Gründen des psychischen Selbstschutzes unmöglich. (Zu einer Totalverurteilung können hingegen – aus nachvollziehbaren Gründen – diejeni-

⁴ Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Werner Becker, Das Dilemma der Deutschen nach der Einheit. Das Problem der gemeinsamen Zukunft angesichts gegensätzlicher Präferenzen, in: Jahrbuch für Politik, 2 (1992), Halbband 2, S. 194.

gen neigen, die unter diesem System wirklich gelitten haben. Denn das Unrecht, das sie erlitten haben, wird um so größer, je verbrecherischer das System war, das ihnen dieses Unrecht zufügte.)

VII.

Bekanntlich waren zu Beginn des Umsturzes im Herbst 1989 noch Illusionen weit verbreitet, es ginge um einen besseren Sozialismus, oder es sei möglich, einen irgendwie gearteten Dritten Weg zu gehen. Derartige Ideen, die vor allem bei Vertretern der Bürgerbewegungen im Schwange waren, stützten sich auf die Vorstellung, ein sozialistisch verfaßtes Gemeinwesen – was immer man auch im Konkreten darunter verstanden haben mochte – sei besser in der Lage, bestimmte Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu regeln. Diese Vermutung wurde nun ihrerseits nicht nur durch die Beobachtung gefördert, daß sich der moderne Kapitalismus im Hinblick auf einige als zentral und zivilisatorisch bedeutsam geltende Probleme mehr oder weniger erfolglos um Lösungen bemüht, sondern sie entsprang auch der vermeintlichen Tatsache, daß der reale Sozialismus – bei all seiner Kritikwürdigkeit – einige „Errungenschaften“ aufweise, die man vor allem im sozialen Bereich suchte. Aufgefordert, konkret zu benennen, welche Ergebnisse, Sachverhalte oder Institutionen man im Blick habe, blieb sehr häufig das Wort im Munde stecken. Der DDR-Bürger zeigte sich zunächst durchaus überrascht über die Engmaschigkeit und die Qualität des westlichen sozialen Sicherungssystems.

Dessenungeachtet ist jedoch die Überzeugung, es habe tatsächlich sozialistische Errungenschaften gegeben, in der früheren DDR-Bevölkerung ungebrochen. Heute beobachten wir in dieser Frage eine extreme Ost-West-Gespaltenheit: Der Ostdeutsche redet wie selbstverständlich davon, daß dieses oder jenes besser war und bewahrens- und übernehmenswert gewesen sei; für den Westdeutschen steht fest, daß alles Gerede von den vermeintlichen Errungenschaften des Sozialismus nichts als leeres Geschwätz ist.

Statt des unausgesetzten Versuchs, den früheren DDR-Bürger von seinen diesbezüglichen Irrtümern zu befreien, sollte man zu verstehen suchen, was er eigentlich meint. Wenn er zum Beispiel die soziale Sicherheit im Realsozialismus besonders schätzt, ist nicht die absolute Höhe der verabreichten Leistungen, sondern das in der DDR vorhan-

den gewesene Gefühl gemeint, bei einem Mindestmaß an staatskonformem Verhalten in sozialer Hinsicht nicht wirklich scheitern zu können. Was er heute vermißt, ist die qualitativ ganz andere Art der sozialen Absicherung: Das Arbeitslosengeld kann noch so hoch sein, der gelernte DDR-Bürger – in seiner Einfalt (so mag man denken) – findet Verhältnisse nun mal „irgendwie besser“, unter denen er gar nicht erst arbeitslos werden kann.

Was der Ostdeutsche an den früheren Lebensverhältnissen schätzte, war auch eine andere Art zwischenmenschlicher Beziehungen, die sich unter anderem im Umgang mit Kollegen oder dem Vorgesetzten oder auch in nachbarschaftlichen Verhältnissen zeigte. So war die Gesellschaft der DDR in höherem Grade egalitär und uniform als die bundesdeutsche. Es konnte passieren, daß der Betriebsdirektor und sein Arbeiter gleichermaßen einen Trabant fuhren, im gleichen Wohnungstyp lebten und ihren Urlaub im selben FDGB-Ferienheim verbrachten. In einer solchen Gesellschaft bleibt wenig Raum, die eigene Leistungsfähigkeit in Gestalt eines herausgehobenen Konsums zur Schau zu stellen.

Die besagte „andere Art“ zwischenmenschlicher Beziehungen ergab sich aber auch aus Umständen, die keineswegs als „Errungenschaften“ gelten können. Beispielsweise mußten ständig Versorgungslücken, Handwerkerengpässe und dergleichen auf dem Wege von „Eine-Hand-wäscht-die-andere“-Beziehungen oder gegenseitiger Nachbarschaftshilfe überwunden werden. Zudem stand man in einer gemeinsamen Abwehrfront zu „denen da oben“. In solchen Situationen, deren Ausnahmeharakter im Vergleich zu westlichen Verhältnissen durchaus klar war, wächst eine Art Gefühl, „im selben Boot zu sitzen“, gleichsam eine „Schicksalsgemeinschaft“ zu bilden. Diese Komponenten wirkten im zwischenmenschlichen Bereich „distanzverkürzend“ – was nicht heißt, daß man unbedingt freundlicher und schon gar nicht höflicher miteinander umgegangen wäre, was sich aber zum Beispiel in dem – schichtenübergreifenden – „schnelleren“ und verbreiteteren „Du“ ausdrückte, mit dem soziale Rangunterschiede, etwa zwischen Vorgesetzten und Unterstellten, überbrückt bzw. nivelliert wurden.

Die Ost-West-Irritationen im Themenkomplex „Errungenschaften“ werden durch ein Defizit an begrifflicher Unterscheidung verschärft: Umstandslos werden „sozialistische Errungenschaften“ und „Errungenschaften im Realsozialismus“ durcheinandergeworfen. Eine solche Unterscheidung könnte auf westlicher Seite vielleicht die Be-

reitschaft zu differenzierteren Stellungnahmen erhöhen. Wenn zum Beispiel viele Ärzte der früheren DDR unter anderem das System der Polikliniken, der Pflicht-Schutzimpfung oder der Dispensairebetreuung für übernehmenswert halten⁵, so werden hier keine sozialistischen Errungenschaften gepriesen, sondern Problemlösungen benannt, über deren Anwendbarkeit ebenso in einem nichtsozialistischen Gemeinwesen nachgedacht werden kann.

VIII.

Sofern die sentimentale Weinerlichkeit, die in gewisser Weise unter der früheren DDR-Bevölkerung grassiert, darin besteht, daß verschiedenen Charakteristika der früheren Verhältnisse nachgetrauert wird, läßt sich ihr nicht nur mit dem Hinweis auf die verbesserten materiellen Lebensbedingungen begegnen. Von einer solchen Larmoyanz werden auch hin und wieder solche befallen, die sich durchaus zu den Gewinnern der deutschen Einheit rechnen können. Interessanterweise rekrutiert sich die Wählerschaft der PDS ja auch keineswegs hauptsächlich aus den sozial schlechter Gestellten⁶.

Die wesentlichen Gründe für Selbstmitleid und auch für gewisse nostalgische Einstellungen den früheren Verhältnissen gegenüber dürften des weiteren in der aktuellen psychologischen Situation zu suchen sein, in der sich der Durchschnittsostdeutsche befindet. Das entscheidende Kennzeichen dieser Situation ist *Unsicherheitserfahrung*. Es findet gegenwärtig eine Rückübertragung wesentlicher Lebensrisiken an den einzelnen statt. Diese Rückübertragung wird als ein Anwachsen von Unsicherheit empfunden. Der DDR-Bürger wurde unter Bedingungen sozialisiert, unter denen Arbeitsplatzverlust und Wohnungskündigung als Möglichkeiten, mit denen mehr oder weniger ständig zu rechnen ist, faktisch unbekannt waren. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Sommer 1990 war er plötzlich in eine gesellschaft-

liche Wirklichkeit versetzt worden, die dazu einigermassen konträr steht und seinem Begriff von sozialer Sicherheit nicht entsprach. Schon damit können eine partielle Überforderung und auch Befindlichkeitsstörungen verbunden sein. In der Marktwirtschaft ist der einzelne in weit höherem Maße gefordert, sein Leben selbst zu gestalten, ja er kann sogar gezwungen sein – zum Beispiel infolge von Entlassung –, ganz neue Lebensplanungen vornehmen zu müssen. Die mit dem Eintritt in das westliche System neugewonnenen Freiheiten haben also eine Kehrseite, die gerade von demjenigen in besonderer Weise reflektiert wird, der bisher andere Verhältnisse gewohnt war und auch nicht „organisch“ in die neuen hineinwachsen konnte. Der Westdeutsche sollte sich klarmachen, daß die Lebensrisiken, denen er sich in der Marktwirtschaft konfrontiert sieht, von Ostdeutschen anders, nämlich mitunter als Bedrohung, wahrgenommen werden.

Hinzu kommt die ökonomisch schwierige Situation in den neuen Bundesländern. Nicht nur, daß bisheriges Wissen und bisher gültige soziale Erfahrungen partiell entwertet wurden und von jedem neue Lernanstrengungen und Anpassungsleistungen zu erbringen sind! Gleichzeitig sind infolge von Entlassungen und Vorruhestandsregelungen die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten für viele (insbesondere auch für viele Frauen) eingeschränkt. Die ostdeutsche Nach-Wende-Gesellschaft ist daher auch in sich gespalten: Aufbruchstimmung bei den einen, Verdruß und Enttäuschungen bei anderen. Mit dem pauschalen Vorwurf an die Ostdeutschen, sie seien allzu weinerlich und allzu undankbar, sollte daher vorsichtiger umgegangen werden: Die einen sind es gar nicht; viele andere haben durchaus Grund dazu.

IX.

Natürlich waren die Einstellungen des DDR-Bürgers zu den früheren Lebenszusammenhängen ambivalent – und sind es jetzt noch. Die allermeisten jedoch hatten sich mit dem System arrangiert oder sich irgendwie eingerichtet. Aufbegehren oder gar Revoltieren erschien aussichtslos; auf grundlegende Reformen von oben hoffte niemand. Indem man sich in das – scheinbar oder tatsächlich – Unvermeidbare fügte, gewöhnte man sich auch daran.

Heute nun werden vom Ostdeutschen die früheren DDR-Verhältnisse mit den nach der Wende ge-

5 Ich stütze mich hierbei auf Ergebnisse einer empirischen Untersuchung meines Kollegen Klaus-Dieter Müller, an der ca. 750 Ärzte aus den alten und neuen Bundesländern beteiligt waren. Vgl. auch ders., Zwischen Hippokrates und Lenin. Gespräche mit ost- und westdeutschen Ärzten über ihre Zeit in der SBZ und DDR, Köln 1994.

6 Vgl. hierzu Jürgen W. Falter/Markus Klein, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/94, S. 22–24.

machten Erfahrungen kontrastiert. Dabei werden einige Aspekte, die früher als normal galten und nicht speziell reflektiert wurden, aus heutiger Sicht betont positiv vermerkt (zum Beispiel eben soziale Sicherheit). Hierbei kann es jedoch zu einseitigen Betrachtungsweisen oder gar zu Glorifizierungen dieser Verhältnisse kommen.

Ein Hauptfehler, der speziell zu Einseitigkeiten bei Systemvergleichen führt, ist die Unterlassung komparativer Analysen. Hier ist es vor allem wichtig, Wertekollisionen und Zielkonflikte zu beachten. Unterschiedliche Werte bzw. Ziele können unter gegebenen politischen und ökonomischen Verhältnissen nicht beliebig gut verwirklicht werden. Wer den hohen Lebensstandard genießen will, der aus der überlegenen Effizienz einer Wirtschaft des freien Unternehmertums resultiert, muß auch bereit sein, die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu tragen. Wer umgekehrt ein Wirtschaftssystem wünscht, das eine Arbeitsplatzgarantie geben kann, muß die aus der staatlichen Risikoübernahme entspringenden Motivationsverluste und Ineffizienzen und die letztlich damit verbundenen Wohlstandseinbußen in Kauf nehmen. Es ist eben unmöglich, ein System zu konstruieren, in dem man arbeitet wie im Osten, aber lebt wie im Westen.

X.

Wenn es um die Einstellung der Ostdeutschen zur früheren DDR geht, ist natürlich mit Widersprüchlichkeiten zu rechnen. Der kluge Politiker wird dies berücksichtigen; das heißt, er wird nicht annehmen, daß sämtliche dieser Einstellungen – selbst wenn sie massenhaft auftreten – in sich logisch konsistent sind.

Widersprüchlichkeiten können sich in verschiedenen Formen zeigen. Teilweise wird – wie schon angedeutet – nicht gesehen, daß in jeder sozialen Ordnung Kollisionen in der Wert- bzw. Zielverwirklichung bestehen. Verschiedene Werte, wie etwa Freiheit und Sicherheit, lassen sich nicht gleichzeitig gleich gut realisieren. Eine Mißachtung dieses Zusammenhangs ist eine Quelle von Utopismus und gleichzeitiger Geringschätzung des Erreichten; es werden nicht existierende Alternativen verkündet und unrealisierbare Erwartungen geweckt. In populistischer Manier wird gefordert, was gern gehört, oder versprochen, was gewünscht wird.

Eine andere Form von Widersprüchlichkeit ergibt sich daraus, daß Lebensverhältnisse, die abgelehnt werden, gleichwohl positive Erlebnisse ermöglichen, die man auch später eigentlich nicht missen möchte. Diese emotionale Einstellung ist insofern widersprüchlich, als derjenige, der die betreffenden Erlebnisse nicht missen möchte, nachträglich auch froh über die Existenz der abgelehnten Lebensverhältnisse sein müßte, die diese Erlebnisse allein ermöglichten. Hinzu kommt, daß sich Erlebnisse von den sie ermöglichenden Lebensbedingungen gar nicht scharf trennen lassen, so daß sich angenehme Erinnerungen auch immer mit den abgelehnten Lebensbedingungen verbinden. In der sich daraus ergebenden emotional zwiespältigen Situation befinden sich wohl die meisten früheren DDR-Bürger. Entsprechende Äußerungen von Ostdeutschen, die ein positives Verhältnis zu DDR- oder sozialismusspezifischen Gegebenheiten andeuten, sind geeignet, beim Westdeutschen Irritationen hervorzurufen. Gerade diese Formen emotionaler Zugewandtheit zu Teilbereichen der DDR-Realität können aber gänzlich unpolitischer Natur sein. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, daß der Ostdeutsche, vor eine Wahl der Lebensverhältnisse gestellt, auf diese Erlebnisse eben doch verzichtet hätte.

Bericht zur (mentalen) Lage der Nation

Was die Besucher einer Berliner Ausstellung über die deutsch-deutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft denken

I. Eine Quelle zur Zeitgeschichte: Die Besucherbücher der Ausstellung „Lebensstationen in Deutschland“

Am 26. März 1993 eröffnete das Deutsche Historische Museum im Berliner Zeughaus Unter den Linden eine kulturhistorische Ausstellung zum Thema „Lebensstationen in Deutschland 1900–1993“. Ursprünglich für drei Monate konzipiert, wurde die Ausstellung nach zwei Verlängerungen bis in den Dezember 1993 gezeigt. In den Gästebüchern dieser Ausstellung konnten die Besucher aus Deutschland-Ost und Deutschland-West sagen, was sie voneinander hielten.

Die Reaktion auf dieses Angebot war enorm und sprengte das bei Ausstellungen übliche Maß der Äußerungen: Während der knapp neunmonatigen Laufzeit der Ausstellung schrieben rund 7500 (!) Ausstellungsbesucher ihre Meinung nieder und füllten auf diese Weise mehr als ein Dutzend der ausgelegten Gästebücher¹. Diese waren bald zum nicht mehr wegzudenkenden Teil der Ausstellung geworden, und auch die Medien begriffen schnell, daß die Besucher hier einen Ort sahen, wo sich „Volkes Stimme“ niederschlagen konnte². Wenn auch die Einzelfeststellungen vorherrschen, so ist es doch ebenso erstaunlich wie zentral, daß zahlreiche Niederschriften in den Besucherbüchern nicht isoliert voneinander zu sehen sind, sondern

1 Von den rund 7500 Statements waren rund 80 Prozent auswertbar, so daß als Datenbasis etwa 6000 Besuchereinträge genutzt werden konnten. Die Auswertung erfolgte hier primär unter qualitativen Gesichtspunkten: Inhaltliche Schwerpunkte wurden ermittelt, die die hauptsächlichsten Meinungsströme und -richtungen wiedergeben.

2 Vgl. Marcus Endrullat, Gästebuch der Einheit, in: Der Tagesspiegel vom 9. November 1993, S. 11; Karin Fischer, Im Wechselbad von verbalen Schlachten und weisen Worten, in: Neue Zeit vom 9. November 1993, S. 7; Die Mauer muß wieder her, in: Focus, Nr. 49 vom 6. Dezember 1993, S. 55. Vickie Houben/Sandra Smith, Berliners want their Wall back, in: The European, Nr. 219 vom 22. bis 28. Juli 1994, S. 7.

mit anderen, vorausgegangenen in Beziehung stehen. So fand in den Büchern auch eine Art Dialog, eine zeitversetzte Diskussion der Besucher miteinander statt.

Das Thema der Ausstellung und der besondere Ort, an dem sich die vox populi niederschlug, spielten sicher eine besondere Rolle für das Hervorbringen so vieler und vor allem so vielfältiger und divergierender Meinungsäußerungen: Die Ausstellung stellte in einem kulturhistorischen Rahmen dar, welche wichtigen Lebensabschnitte und -zäsuren in Deutschland zwischen 1900 und 1993 vorzufinden sind und wie sie sich mit den Veränderungen von Gesellschaft und Kultur gewandelt haben³. Lebensstationen wurden dabei verstanden als individuell wie kollektiv wichtige Ereignisse, die einen Einschnitt in der Biographie darstellen und den Übergang von einem Lebensabschnitt in einen anderen markieren. Dazu zählen Taufe, Kommunion/Konfirmation und Heirat ebenso wie etwa die Mitgliedschaft in einer (staatlichen) Jugendorganisation, der Eintritt ins Berufsleben, die Absolvierung des Wehrdienstes oder der Übergang ins Rentenalter. Thema der Ausstellung war also, wie sich die Struktur eines individuellen Lebens, seine Abschnitte und Einschnitte, mit dem gesellschaftlichen Wandel im 20. Jahrhundert auch gewandelt haben.

So war das Ausstellungsthema keines, das dem Besucher äußerlich geblieben wäre; die eigene Biographie und das eigene Leben kamen sehr schnell mit ins Spiel. Hinzu kommt, daß fast die Hälfte der Ausstellung sich mit der unterschiedlichen Entwicklung der Lebenssituation in Deutschland-Ost und Deutschland-West nach 1945 befaßte. Parallel zueinander verliefen die Abteilungen „DDR“ und „Bundesrepublik Deutschland“, und zwischen ihnen befand sich eine Mauer – eine begehbare allerdings. Von ihr aus konnten die Besucher zugleich auf beide „Deutschlands“ blicken und sie unmittel-

3 Dazu erschien ein umfangreicher Ausstellungskatalog. Vgl. Rosmarie Beier/Bettina Biedermann (Hrsg.), Lebensstationen in Deutschland 1900 bis 1993, Gießen 1993.

bar vergleichen. Was sahen sie von dieser Brücke aus? Auf der einen, der DDR-Seite, gab es eine streng und geradlinig angelegte Ausstellungsarchitektur, die einen gelenkten Lebenslauf vorstellte, dessen einzelne Stationen sich gleichförmig reiheten, während auf der anderen, der bundesrepublikanischen Seite, die einzelnen Lebensstationen ein Labyrinth mit vielen Ein- und Ausgängen bildeten. Die Architektur stellte also mit den ihr eigenen (visuellen) Mitteln zwei stark differente Lebenskonzeptionen dar⁴: das straff geregelte Leben von der Kinderkrippe bis zum „Feierabendheim“ auf der einen Seite, auf der anderen das „ganz normale Chaos“ ohne starre Abfolge und mit fließenden Übergängen.

Innerhalb dieser kontrastiven Architektur waren die Besucherbücher von uns an zentraler Stelle platziert worden, nämlich auf der Brücke mit Blick auf die Ausstellungsabschnitte „Deutsche Demokratische Republik“ und „Bundesrepublik Deutschland“⁵. Unter der Themenstellung „Und heute – 1993?“ forderten wir die Besucher auf, sich ins Verhältnis zu setzen nicht nur zu dem, was sie in der Ausstellung gesehen hatten, sondern darüber hinaus auch zur Situation in Deutschland nach der ‚Wende‘.

II. Selektive Erinnerung: Der staatlich verordnete Lebensweg in der DDR und die individuelle Biographie

Was hatte uns überhaupt bewogen, die Darstellung der Lebensstationen in Ost und West so hart zu kontrastieren? Ausschlaggebend waren, über die unmittelbaren Eindrücke und Erfahrungen im deutsch-deutschen Alltag hinaus, die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften. Schon ein erster Blick auf rein quantitative Werte lehrt die Einsicht, daß der Lebensweg in der DDR im allgemeinen auf festen Gleisen verlief. 80 Prozent der Säuglinge kamen in die Krippe, 98 Prozent der Kinder wurden mit der Einschulung „Junge Pioniere“. Es folgten die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der rund drei Viertel aller Jugendlichen beitraten⁶, und der

4 Vgl. zum Ausstellungskonzept und insbesondere zur Architektur auch Hartmut Boockmann, *Lebensstationen in Deutschland 1900 bis 1993*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 45 (1994), S. 40–45.

5 Die Ausstellungsgestaltung konzipierte die Kölner Bühnenbildnerin Daniele Schneider-Wessling (gest. 1994).

6 Daß sich zunehmend ein Prozeß der inneren Distanzierung vollzog (1989 sahen beispielsweise nur noch vier Prozent der DDR-Lehrlinge in der FDJ ihre politische Heimat),

„Überführungsritus“ der Jugendweihe, an der 98 Prozent aller Vierzehnjährigen teilnahmen⁷. Die Phase der Bildung und Ausbildung unterlag einem strikten Zeitplan (J. Zinnecker spricht hier vom „selektiven Moratorium“⁸), und der Übergang ins Arbeitssystem war weitgehend vorgeplant. Dementsprechend blieb den Jugendlichen in der stärker reglementierten und auch auf sozio-kulturellem Gebiet durch einen „Modernisierungsrückstand“ charakterisierten DDR⁹ wenig Raum oder Zeit für Reifungskrisen und für die Identitätssuche. Der Übergang ins Berufsleben vollzog sich zumeist prompt, und der Arbeitsplatz wurde zu einer Art Heimat¹⁰. Während einer Psychotherapie-Tagung 1993 in Potsdam fiel folgerichtig das Wort von der „Verkrippung der DDR“, und es bezog sich nicht nur auf die fast „flächendeckende“ sozialistische Krippenerziehung der Kleinkinder. „Wir wurden ja immer ans Händchen genommen, das ganze Leben lang“, sagte eine Ärztin aus dem Plenum¹¹.

ist ein anderes Thema, dem sich im Ausstellungskatalog ein ehemaliger Mitarbeiter des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung ausführlich widmete. Vgl. Günter Roski, *Jugendliche in der DDR*, in: R. Beier/B. Biedermann (Hrsg.) (Anm. 3), S. 250–262, hier S. 259. Mit ähnlichem Tenor jetzt auch Ulrich Mählert, *Mit der blauen Fahne ins rote Morgen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, in: *Universitas*, 49 (1994), S. 678–690. Vgl. darüber hinaus auch die bereits zu DDR-Zeiten erstellten (und z.T. nicht veröffentlichten) Studien des genannten Leipziger Instituts, z.B.: Walter Friedrich/Hartmut Griese (Hrsg.), *Jugend und Jugendforschung in der DDR*, Opladen 1991; Werner Henning/Walter Friedrich (Hrsg.), *Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende*, München 1991. Einen Überblick bietet jetzt auch: *Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten*, Bd. 4, bearbeitet von Ute Koch/Erika Schwefel, Berlin 1993.

7 Zu diesem Pubertätsritus, der nahezu der einzige Überführungsritus im sozialistischen Lebenslauf war und die Jugendlichen in den Status der Erwachsenen versetzte, der auf die Verpflichtungen gegenüber dem Sozialismus eingeschworen wurde, vgl. Dieter Lenzen, *Alles kann jederzeit passieren. Zur Linearisierung des Lebenslaufs in der modernen Industriegesellschaft*, in: R. Beier/B. Biedermann (Hrsg.) (Anm. 3), S. 241–249, hier S. 248f.

8 Vgl. Jürgen Zinnecker, *Jugend als Bildungsmoratorium*, in: Wolfgang Melzer u. a. (Hrsg.), *Osteuropäische Jugend im Wandel*, Weinheim–München 1991, S. 17ff.

9 Vgl. Werner Georg, *Modernisierung und Lebensstile Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 26–27/93, S. 20–28, hier S. 23f.

10 Vgl. R. Beier/B. Biedermann (Hrsg.) (Anm. 3), S. 9ff.

11 Zit. nach Rosemarie Stein, *Erlernte Hilflosigkeit wieder verlieren. Folgen des sozialpsychologischen Massenexperiments DDR*, in: *Der Tagesspiegel* vom 18. Juli 1993, S. 1. Vgl. empirisch erhärtet mit identischem Tenor: Dieter Geulen, *Typische Sozialisationsverläufe in der DDR. Einige qualitative Befunde über vier Generationen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 26–27/93, S. 37–44, hier S. 39. Jürgen Kocka spricht in diesem Zusammenhang von einer „durchherrschten Gesellschaft“. Vgl. den gleichnamigen Beitrag in:

Ein anderes Ergebnis legen die Befunde der Sozialwissenschaften bezogen auf den Westen nahe. Hier ist die Bildungszeit offener und durch ungeplante Verlängerungen gekennzeichnet. Der Übergang ins Berufsleben ist wenig geregelt, und durch einen lockeren Zeitplan kommt es häufig zu einer Verzögerung dieser Statuspassage. Charakteristisch für den „westlichen Lebensweg“ ist, daß der Zeitpunkt der Gründung einer eigenen Familie zumeist hinausgeschoben wird¹² und daß die gewonnene Zeit zur Erprobung von Partnerschaft(en) und Sexualität verwandt wird. Demgegenüber fand im Osten die Ablösung von der Herkunftsfamilie durch die frühe Neugründung einer eigenen Familie statt; eine „Probephase“ entfiel zumeist. 1981 lag das durchschnittliche Heiratsalter für Frauen bei 23 Jahren (1971 sogar bei 21 Jahren); nur wenige heirateten – anders als im Westen – jenseits der dreißig zum ersten Mal¹³. Es ist nur folgerichtig, daß die meisten Frauen ihre Kinder zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr zur Welt brachten. Danach war, in den Termini der Demographen, die „generative Phase“ im allgemeinen abgeschlossen.

Der Übergang ins Erwachsenenalter und die Annäherung an den Status der eigenen Eltern vollzogen sich in der DDR also sehr viel schneller als in der Bundesrepublik. *Fazit*: Die Lebenswege unterschieden sich in Ost und West hinsichtlich der Vorgaben, der Verbindlichkeit und der Steuerung durch überindividuelle Faktoren grundlegend.

Auffällig ist nun, daß nur wenige Besucher aus dem Westen sich mit der Gegenüberstellung der Lebenswege auseinandersetzen. Eine der wenigen Äußerungen lautete: „Gegenseitiges Kennenlernen ist zum gegenseitigen Verständnis wichtig. Dazu trägt diese Ausstellung bei!“ (7: 11.06. 93, w, Berlin-Steglitz)¹⁴ Der geradlinige, verordnete

Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553, bes. S. 552f.; vgl. auch: Carl-Christoph Schweitzer/Dieter Haack/Annegret Krätschell/Johannes Richter (Hrsg.), Lebensläufe hüben und drüben, Opladen 1994.

12 Von 1975 bis 1987 stieg das durchschnittliche Heiratsalter der Männer von 25,3 auf 28 Jahre und das der Frauen von 22,7 auf 25,2 Jahre. Vgl. R. Beier/B. Biedermann (Hrsg.) (Anm. 3), S. 221.

13 Vgl. Barbara Hille, Ehe und Familie in den Lebensperspektiven der Jugendlichen in der DDR, in: R. Beier/B. Biedermann (Hrsg.) (Anm. 3), S. 263–271, hier S. 265; vgl. auch: Walter Jaide/Barbara Hille, DDR-Jugend. Politisches Bewußtsein und Lebensalltag. Vergleiche mit der Bundesrepublik, Opladen 1990.

14 Die Besuchereinträge werden wie folgt gekennzeichnet: Nummer des Gästebuches (1–13), Datum des Eintrags und (soweit von den Besuchern angegeben) Geschlecht, Alter und politisch-regionale Herkunft der Schreibenden.

Lebensweg in der DDR wurde dagegen von den meisten Besuchern aus den neuen Bundesländern als ein Spiegel betrachtet – ein Spiegel, in dem auch sie und ihre Biographie sichtbar wurden. Die je individuelle Biographie in diesem Spiegel sehen zu müssen, war für viele nur schwer erträglich: „Wir haben nicht nur strammgestanden und das FDJ-Hemd getragen“ (6: 5.8.95, m, Ostdeutschland), so und ähnlich lauteten etliche Einträge. In den Nischen der Gesellschaft aber hätten viele ihr Auskommen und ihre Zufriedenheit gefunden, das war oft die Selbst- und Fremddeutung: „Ich war in der DDR trotz allem, was man im nachhinein als organisiert und manchmal auch stumpfsinnig bezeichnen möchte, glücklich. Glücklich, weil ich kein ‚Held‘ war, weil ich oft meine Klappe hielt und die Nischen fand, die ich für mich suchte.“ (3: 13.11.93, m, Wittenberge)

Die ehemaligen DDR-Bürger insistierten darauf, den offiziellen, verordneten Teil ihres Lebens, die ‚Rahmung‘ sozusagen, als den nicht-eigentlichen, nicht-authentischen Part beiseite zu lassen¹⁵. Insofern diente die Ausstellung mit den jeweils schematisierten Lebensläufen Ost- und Westdeutscher auch als Feld, das Distanzierungen von einer spezifischen Form der Analyse und Betrachtung von Vergangenheit, einer an den Strukturen orientierten Geschichtsschreibung, provozierte.

III. Nostalgie statt politischer Aufarbeitung der Vergangenheit

In den Besucherbüchern überwiegen Bedauern angesichts der verlorenen Lebenswelten und Rückwärtsgewandtheit. Der gerade von Analytikern des Zeitgeschehens oft geforderte nüchterne, kritische Blick auf die Zustände im realexistierenden

15 Zum Verhältnis zwischen individuellem Leben und gesellschaftlicher Rahmung in der Gesellschaft der DDR werden von der Soziologie durchaus kontroverse Positionen vertreten: Der These von der „Desubjektivierung“ und Entmündigung der DDR-Bürger (Frank Adler) steht diejenige entgegen, der zufolge „die rigiden Strukturen der staatlichen Politik und ihre Konsequenzen auf individuelle, zum Teil kalkuliert opportunistische Strategien im Lebenslauf des einzelnen (trafen), die ihm gesellschaftliche Anerkennung und ein relatives wirtschaftliches Wohlergehen durchaus zu sichern vermochten“. Vgl. Johannes Huinink, Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, in: Hansgünter Meyer (Hrsg.), Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Berlin 1992, S. 233–244, hier S. 240.

Sozialismus ist kaum vorhanden, und Einflüsse einer in diesem Sinne wirkenden (schulischen) politischen Bildung sind nicht zu erkennen, denn nur sehr selten wird in einem Ost-West-Systemvergleich von den DDR-Bürgern ihr Staat genau betrachtet und (im analytischen Sinne) mit dem westlichen Gesellschaftssystem verglichen¹⁶.

Es erschreckt, daß nur wenige der Ausstellungsbesucher aus der ehemaligen DDR das Ende ihres Staates auch als Chance für die eigene Entwicklung darstellen, die mit dem Fall der Mauer neue Perspektiven und Horizonte erhielt. Die Diskrepanz zwischen der allenthalben in den Kulturzeitschriften und auf dem Büchermarkt eingeklagten Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit¹⁷ und den Aufgaben, die in den Besucherbüchern als notwendig zu bewältigen deklariert werden, ist frappant. Forderte erst jüngst wieder der Theologe und CDU-Bundestagsabgeordnete Rainer Eppelmann die „Aufarbeitung der Geschichte“, die den ehemaligen DDR-Bürgern „niemand abnehmen“ könne¹⁸, so herrschen in den Besucherbüchern Stimmungen und Wahrnehmungen vor, die sich in Empörung über (vermeintlich oder tatsächlich erlittene) Ungerechtigkeiten ergeben.

Von der Geschichte betrogen worden zu sein, zufällig auf der falschen Seite gelebt zu haben, dies taucht als Muster der Vergangenheitsinterpretation häufig auf: So schreibt ein kurz nach Kriegsende im östlichen Deutschland geborener Mann, daß viele Menschen „heute noch nicht begriffen haben, daß uns der Kommunismus als Folge des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges *aufgezwungen* wurde. Ich bin 1946 geboren (in Deutschland), war niemals für ein kommunistisches System eingestellt, wurde also 40 Jahre unschuldig zum Kommunismus gezwungen. Gleichaltrige im Westen dagegen hatten die Wahl!“ (9: 24.06.93, m, Ostdeutschland) Von ihnen fühlt sich der Schreiber schlecht behandelt: „Trotzdem fühlt man sich als Mensch II. Klasse durch das arrogante Verhalten vieler ‚Wessis‘. Heute würde ich auf eine Wiedervereinigung verzichten und wenn es mir schlechter gehen würde!“ (Ebd.)

16 Das deckt sich mit den Untersuchungsergebnissen Dieter Geulens, der konstatiert, daß „eine die wesentlichen Widersprüche der DDR-Gesellschaft genauer treffende Systemkritik (...) in unserem Material nur in Ansätzen enthalten“ ist. Vgl. D. Geulen (Anm. 11), S. 42.

17 Eine der ersten Publikationen: Klaus Sühl (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich?*, Berlin 1994.

18 Rainer Eppelmann, *Wo Wahrheit einkehrt, kann Lüge nicht bleiben. Vollendung der Einheit braucht „Entstasifizierung“*, in: *Focus*, Nr. 9 vom 26. Februar 1995, S. 56.

Ein nachfolgender Besucher merkt dazu an: „Der gute Mann hat im Prinzip recht, nur sollte er Haß und Bitterkeit denjenigen gegenüber empfinden, die die katastrophalen Folgen des Sozialismus-Experiments verursacht haben. Sie leben heute noch und das wohl nicht einmal schlecht.“ (9: nach 24.06.93, m, Westdeutschland?) Hier wird dem restaurativen Wunsch nach Rückkehr zu den alten Verhältnissen entgegengehalten, man solle sich die Personen anschauen, denen man die ganze Misere zu verdanken habe.

Nicht das Regime wird kritisiert, nicht die strukturellen Hintergründe, sondern als Kränkung wird beklagt, daß man altbekannten Personen aus der DDR in neuen entscheidungsrelevanten Positionen begegnet: „Mai 1993 im Stolpe-Land – Ich fragte beim Schulamt nach Arbeit an (ich hatte nie gekündigt!). Ich war Regimekritiker der DDR. Eine verschmitzt lächelnde Kreisschulrätin holte den Personalchef mit der Bemerkung: ‚Ja, es ist der alte!‘ Tatsächlich, es war der alte Genosse Kaderleiter! Welche Chance ich dann hatte – dazu keine Äußerung als Regimekritiker der DDR.“ (9: 07.07.93, m, Ostdeutschland) Das Land wird mit seinem Regenten synonym gesetzt („Stolpe-Land“).

Vergangenheitsbewältigung, wie sie jüngst von Günter Wichert, Wolfgang Thierse und Michael Wolffsohn¹⁹ vorgeschlagen wurde, kann da womöglich gar nicht greifen. Wer „den Kern der Systemstrukturen“ aufdecken will²⁰, kann sich nicht sicher sein, damit auch etwas zum besseren Umgang mit den erlittenen Kränkungen, Demütigungen und Diskriminierungen in die Hand zu bekommen. „Die Analyse des Systems und seiner Mechanismen wird vieles aufklären“, meint Thierse²¹, aber er gibt gleichzeitig zu bedenken, daß mit der Rekonstruktion der Strukturen nicht alles geleistet sei. Sein Plädoyer für den „Dialog des Austausches von Biographien, in dem hoffentlich andere Maßstäbe gelten als bei der Bewertung von ökonomischen und politischen Verhältnissen“²², findet jedenfalls in den Aufzeichnungen aus den Gästebüchern einigen Halt. Denn diese rekurrieren in der Vergangenheitsbewältigung kaum auf das „System“, sondern auf die Biographie, auf Personen und Begegnungen.

19 Vgl. K. Sühl (Anm. 17), darin besonders: Günter Wichert, *Einführung*, S. 12–18; Wolfgang Thierse, *Mut zur eigenen Geschichte. Lehren aus der Vergangenheit*, S. 19–36; Michael Wolffsohn, *Doppelte Vergangenheitsbewältigung*, S. 37–43.

20 G. Wichert (Anm. 19), S. 17.

21 W. Thierse (Anm. 19), S. 28.

22 Ebd., S. 29.

IV. Im Wechselbad von verbalen Schlachten und Anteilnahme

„Man sollte die Mauer wieder errichten, um uns (Wessis) vor Euch (Ossis) zu schützen, da ihr (Ossis) eine Gefährdung für die Allgemeinheit darstellt“, schreibt ein Besucher aus den alten Bundesländern im Sommer 1993 in eines der Bücher. Ein folgender Besucher strich den Eintrag durch, ein weiterer schrieb über den durchgestrichenen Eintrag: „Zensur“ und ein anderer: „Hornochsen“. Zwei weitere Einträge folgen:

„Werdet endlich erwachsen, tut uns den Gefallen, wir Ossis sind doch gar nicht so schlimm.“

„Alle, die dieser Meinung (bezieht sich auf den ersten Text) sind, sind Schwachköpfe. Wenn Eure Eltern, Großeltern oder Verwandten damals auf der Ostseite gewesen wären, wärt Ihr heute auch ‚Ossis‘.“ (9: 19./20. 07. 93)

Beschimpfungen, Versuche, den anderen (östlichen) Deutschen zum Deutschen „zweiter Klasse“ zu stempeln, sind kein Einzelfall. In einem Besucherbuch findet sich im Sommer 1993 der Eintrag: „Ich finde es schade, daß die Mauer weg ist. Vorher gab es wenigstens Arbeit und eine gesicherte Existenz! Der Preis für die sog. Freiheit ist zu hoch!“ Unflätig setzt ein folgender Besucher darunter: „Du Arschloch, ohne uns wärest Du doch verreckt!“, und ein dritter ergänzt: „Oder Du Arschloch!“ Ein vierter fügt hinzu: „Wer Arbeit will, auch Arbeit kriegt!“ (13: Juli 93)

Es folgen „Dialoge“ wie: „Kohls Aussage ‚keinem wird es schlechter gehen‘ – das Gegenteil ist ja wohl jetzt nach drei Jahren ‚Einheit‘ bewiesen!“

„Wenn Euch Ossis die 40 Jahre mit der Mauer so gut gefallen haben, könnt Ihr sie ja jetzt wieder aufbauen.“

„Sie steht im Kopf.“

„Natürlich ist es besser geworden, jedenfalls für uns ‚Ossis‘, leider nicht für alle.“

„Wenn man im Vergleich DDR – BRD nicht sehen kann, daß auf jeden Fall eine Besserung eingetreten ist, ist man wohl mit Blindheit geschlagen.“

„Ein Blinder“ (6: 12./13. 10. 93)

Werden in der Erinnerung an die DDR die Arbeit für alle und das staatlich garantierte Auskommen hochgehalten, so lautet im Gegenzug der Vorwurf, es habe keine Freiheit gegeben. Auf diese wollen aber andere, aus dem Osten, dann wieder gerne

verzichten. Sehen die einen mit dem Einzug westlicher Mentalität Raff- und Geldgier um sich greifen, so verweisen die anderen auf die beschränkten Konsummöglichkeiten in der DDR. An diesen deutsch-deutschen Schmähungen wird deutlich, daß fundamentale Orientierungsgrößen des Westens, nämlich Freiheit, individuelle Leistung und Konsummöglichkeiten, nach dem Fall der Mauer ihre Attraktivität für viele der neuen Bundesbürger offensichtlich eingebüßt haben²³. Das Ende der gewohnten Lebensverhältnisse erscheint – trotz in vielen Fällen gestiegener finanzieller Möglichkeiten²⁴, trotz politischer Freiheit, Reise- und Konsumangeboten – als Verlust, da es die Entwertung der bisherigen Lebensumstände bedeutet. Vier Jahre nach der Wende werden von einem Teil der Ausstellungsbesucher aus der ehemaligen DDR die ehemaligen grundlegenden Orientierungsgrößen des Ostens – soziale Sicherheit, Kollektivität, beschränkte Märkte – wieder favorisiert.

V. Entfremdungen: Die alten und die neuen Bundesbürger

Groß ist auf östlicher wie auf westlicher Seite oftmals das Erstaunen angesichts der Fremdheit beider Deutschlands: „Die Unterschiede im Verhalten von ‚Ossis‘ und ‚Wessis‘ sind – bedingt durch den unterschiedlichen ‚Hintergrund‘ (Erziehung, gesellschaftliche Verhältnisse usw.) – größer, als ich erst dachte.“ (13: 09.09.93, m, Ostdeutschland) Das Gefühl, mit den „anderen Deutschen“ Fremden gegenüberzustehen, spricht aus allen

23 Zu diesem Ergebnis kommen auch empirische sozialwissenschaftliche Untersuchungen. Vgl. Detlef Landua, Das Jahr danach. Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen, Paper der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 1992, S. 1; Michael Minkenberg, The Wall after the Wall. On the Continuing Division of Germany and the Remaking of Political Culture, Paper to be presented at the Eighth International Conference of Europeanists, Council of European Studies, March 27–29, The Palmer House, Chicago, Ill., USA. Zit. nach: Carolin Schöbel, Sozialisation in unterschiedlichen Systemen. Zum Profil der Persönlichkeitstypen in West- und Ost-Berlin. Veröffentlichung der Abteilung Institutionen und Vermittlungsprozesse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993, S. 24.

24 Die Zeitschrift Focus berichtete im Februar 1995 unter der Rubrik „Wessis: Immer weniger in der Kasse“ von Haushaltsnettoeinkommen in den östlichen Berliner Bezirken Hellersdorf, Marzahn, Hohenschönhausen und Mitte, die die Einkommen in den Westbezirken Kreuzberg, Wedding und Neukölln hinter sich ließen. Vgl. Die unsichtbare Mauer, in: Focus, Nr. 9 vom 26. Februar 1995, S. 66.

Besucherbüchern: „Der Besuch dieser Ausstellung hat mich in meiner Ansicht bestätigt, daß die deutsche Einheit gerade noch früh genug zustande kam. Ein paar Jahre später wären Menschen an der Regierung, die sich aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in Ost und West so weit voneinander entfernt haben, daß sie die Einheit gar nicht mehr wollen.“ (9: 12.07. 93, w?, 59 J., Münster/Westf.) Und nicht nur die Regierungen, sondern auch viele Menschen hätten dann sicher nicht mehr die Einheit gewollt, vermutet mancher Besucher.

Besucher aus Ost und West haben das Gefühl, von der Wiedervereinigung überrollt worden zu sein. Man traf nur in der kurzen Zeit der Massenflucht aus der DDR und in der Phase unmittelbar nach der Maueröffnung auf die „Brüder und Schwestern“ – hüben wie drüben. Nachdem die erste Euphorie verflogen war, stellte man fest, wie sehr man einander fremd ist, wie sehr mithin die Geschwistermetapher eine Phrase war bzw. wie schnell sie es wurde: „Die sogenannte Wiedervereinigung verlief in vielen Bereichen sehr unklug und ohne jegliches Einfühlungsvermögen für das Fremdsein und Anderssein der anderen. Diese Fehler haben tiefe Wunden bei den Ostdeutschen hinterlassen (z. B. Identitätsverlust, mangelndes Selbstwertgefühl usw.).“ (7: 11.06. 93, w, Berlin-Steglitz)

Während in den Besucherbüchern sehr wenig Material für die allenthalben kursierende Imagination zu finden ist, „der Ostdeutsche eigne(t) sich hervorragend zum ‚häßlichen Deutschen‘“, womit er dem Westdeutschen als „Projektionswand“ für den „nie versiegenden deutschen Selbsthaß“ diene²⁵, findet sich doch bestätigt, daß „die deutsch-deutschen Vereinigungsturbulenzen ... die Abstände zwischen den Menschen ... eher vergrößert“, zumindest aber kaum verändert haben²⁶. Ein junger Mann aus dem „Zonenrandgebiet“ schildert sein Verhältnis zur DDR folgendermaßen:

„Ich bin in der Nähe der ehemaligen Grenze zur DDR aufgewachsen. Für mich war am Zaun ein Teil der Welt zu Ende, und ein neuer (anderer) Teil begann dahinter. Einen Bezug zu der anderen Seite hatte ich nicht. Eigentlich ging es mir damals nicht anders als den meisten Menschen. Eigentlich ist dies auch nach der Grenzöffnung so geblieben.“ (7: Juli 93) Für diesen jungen Besucher ist mit 1989

zwar die äußere Mauer gefallen, nicht aber die Fremdheit gewichen. Sie ist in bezug auf das andere Deutschland und seine Bewohner geblieben. Und seine Reiseaktivitäten haben ihn (in östlicher Richtung) nicht weiter geführt als vor der Grenzöffnung. Wen wundert es in Anbetracht der deutlich werdenden Differenzen, wenn manchmal schon Stimmen laut werden, daß man es hier mit einem Fall für eine „psychologische Friedensforschung“ im Rahmen der Begegnung mit einer fremden Kultur zu tun habe? Jedenfalls sieht es Leo Ensel so: „Wenn das Aufeinanderprallen von Westdeutschen und Ostdeutschen nicht die Herausforderung an die vielzitierte multikulturelle Gesellschaft ist, dann weiß ich nicht, was das Wort bedeuten soll!“²⁷

Die Fremdheit scheint sich auch durch die Massenmedien oder die Imagination vom wiedervereinigten Deutschland nicht problemlos reduzieren zu lassen, bleibt doch bis in die jüngsten sozialwissenschaftlichen Erhebungen und sozialpsychologischen Studien hinein – trotz aller massenmedialen Appelle zum Zusammenwachsen – die mentale Differenz deutlich sichtbar²⁸ und wird vermutlich dadurch noch zusätzlich forciert. Denn die Differenz zum anderen tendenziell abzulegen, die Fremdheit zu reduzieren, setzt ja schon voraus, daß es eine übergeordnete Einheit gibt, deren Vollzug noch aussteht. Diese übergeordnete Einheit müßte aber anders aussehen als die Kopie des Westens, die im Osten zum Original erklärt wird (so jedenfalls die Besucher). Niemand würde wohl derart massiv von Fremdheit sprechen, wenn es um die Nachbarn der Europäischen Union ginge, wie es derzeit innerhalb Deutschlands geschieht.

27 Leo Ensel, Warum wir uns nicht leiden mögen. Was Ossis und Wessis voneinander halten. Münster 1994, S. 48. Eine frühe empirische Untersuchung zur Erfahrung der Fremdheit besonders bei den jüngeren Generationen: Gudrun Leidecker, Kinder und Jugendliche erleben die „Wende“, in: R. Beier/B. Biedermann (Hrsg.) (Anm. 3), S. 272–280.

28 Vgl. jüngst Annette Spellerberg, Alltagskultur in Ost- und Westdeutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Paper der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin 1994. Zu den die Differenzen prägenden unterschiedlichen Lebensläufen und -stationen vgl. auch: R. Beier/B. Biedermann (Hrsg.) (Anm. 3), Katalogteil, S. 119ff. (DDR) und S. 187ff. (Bundesrepublik Deutschland). Die Fremdheit ist auch – bei aller Heterogenität – das am ehesten durchgehaltene Motiv in dem von biographischen Texten zu Fiktionen pendelnden Essay von Olaf Georg Klein, der die Brüche in den Lebenswegen Ostdeutscher seit der Wende beschreibt. Vgl. Olaf Georg Klein, Plötzlich war alles ganz anders. Deutsche Lebenswege im Umbruch, Köln 1994. Sozialhistorische Konvergenzen und Divergenzen bilanziert ebenfalls ein aus drei Tagungen zur Thematik hervorgegangener Sammelband. Vgl. H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 11).

25 So gedeutet in der autobiographischen Schilderung von Michael Geyer, Leipzig–Erfurt. Vgl. C.-C. Schweitzer u. a. (Hrsg.) (Anm. 11), S. 144.

26 Ebd.

VI. Überforderung angesichts der Zukunft?

„Das Heilen dieser Wunden braucht viel Zeit. Es dauert vermutlich zwei Generationen, bis wir wieder ohne Vorurteile und gegenseitiges Verletzen aufeinander zugehen können.“ (7: 11.06. 93, w, Berlin-Steglitz) Das stimmt nicht gerade hoffnungsvoll für die unter ihren akuten Kränkungen leidenden Bürger in diesem Land. Geschichte wird hier als eine nicht selbst gemachte oder machbare gedeutet. Das Geschichtsbild, das dieser Wahrnehmung zugrunde liegt, widerspricht damit zentral jener Vorstellung, die den Sozialismus offiziell durchherrschte und auch noch der Hintergrund der 1989er Revolution war: Hier wie dort wurde als Basis die Idee verfolgt, die Menschen *machten* Geschichte. Wie sonst hätte man den Mut haben können, gegen eine Zentralmacht den Aufstand zu proben, die der sozialistischen Staatsverfassung den Rang des ewig so Bleibenden attestierte? Um so erstaunlicher ist es, daß bezogen auf das Heute die Menschen resignieren und den positiven Bezugspunkt nicht im eigenen Tun sehen, sondern im Verstreichen der Zeit, die schon Veränderungen bringen werde. Geschichte wird nach der gewonnenen Revolution also als etwas verstanden, was nicht aktiv vollzogen wird von den Menschen, sondern was sich *an ihnen* vollzieht. Die Menschen sind nach dem kurzen Aufstand zurückgekehrt in die Passivität. Nun heißt es wieder abwarten.

Wer von den Besuchern sich in der Prognose der gesellschaftlichen Rekonvaleszenz nicht in Generationenfolgen verstrickt (und so für die nahe Zukunft keine Aussicht auf kurzfristige Besserung sehen mag), flüchtet sich in den Gedanken „Was wäre, wenn nicht...“ oder hat Zukunftsmodelle parat, die ebenso originell wie weitschweifig ausfallen können. Sich der von den Ausstellungsmacherinnen aufgeworfenen Frage *so* zu stellen, ist recht erstaunlich. Denn die Frage lautete, daran sei hier erinnert, „Und heute – 1993?“. Mit den Antworten werden jedoch keine Gegenwartsdiagnosen, sondern – oft mit ausdrücklichem Bezug auf diese Frage – Zukunftsvisionen geboten, oder es werden gar Szenarien eines Geschichtsverlaufs entworfen, der anders hätte aussehen sollen. Versuchen sich nämlich manche Besucher in Schätzungen über den Zeitverlauf bis zum Abbau der binnen der letzten Jahre aufgetürmten Vorurteile, so haben andere Strategien parat, wie einer überstürzten Angleichung entgegenzuwirken gewesen wäre: „Meiner Meinung nach war die Wiederver-

einigung der beiden Landesteile, die sich innerhalb von 40 Jahren in verschiedene Richtungen entwickelt haben, verfrüht und übereilt. Statt dessen hätte die ehemalige DDR ein autonomer (von der BRD unterstützter) Staat bleiben sollen. So hätten beide Gebiete ihre Entwicklung selbständig weiterführen können.“ (9: 12.07. 93, w?, Ostdeutschland) „Gemeinsam in die Zukunft, das wäre die richtigere Idee zur ‚Wiedervereinigung‘ gewesen. So wurde im Hauruck-Verfahren ein Land aufgesogen, freien Marktgesetzen ausgesetzt und nahezu gelöscht. Ich meine, Menschlichkeit ist wichtiger als Trennung und Abgrenzung. Ich hoffe, die Schäden der Löschkaktion DDR werden bald für die Menschen aus diesem Land nicht mehr so zerstörerisch sein wie noch in der momentanen Gegenwart.“ (9: 12./14. 05. 93, w, Ostdeutschland)

Das Gefühl, die eigene Biographie plötzlich unwiderruflich für eine Gegenwart verloren zu haben, die nicht die eigene ist, prägt zahlreiche Niederschriften ehemaliger DDR-Bürger, und wer dem „Löschen“ der DDR nachtrauert, bietet in der Regel keinen pragmatischen Hinweis darauf, wie man denn nun mit der einmal geschehenen Geschichte umgehen könnte.

Von Pragmatismus sind allerdings auch jene Gedanken kaum berührt, die sich die Besucher um die Zukunft machen. So äußert sich ein älterer Gast vom Bodensee: „Und heute? Heute haben wir die Wiedervereinigung. Wäre allen bewußt gewesen, welche Schwierigkeiten auf uns zukommen würden, hätte es sie nie gegeben. Das hätte manchen gefreut. So aber ist die Entwicklung global wie national eine der größten Herausforderungen für Deutschland. Wir sollten unsere Geschichte annehmen – in allen ihren Epochen. Unsere Kräfte müssen wir sammeln für das, was die Zukunft fordert. Geduld, Toleranz und Augenmaß sind die unabdingbaren Voraussetzungen, damit zusammenwächst, was zusammengehört! (W. Brandt).“ (6: 11.07. 93, m, Westdeutschland)

Zwar werden hier – wie in zahlreichen ähnlichen Niederschriften – die (deutschen) Grundtugenden bemüht, um eine Orientierung in dieser besonderen Situation zu geben, doch freilich bleibt es bei Appellen, und man kann sich kaum des Verdachtes erwehren, daß in diesen Bekundungen auch eine Aufforderung an das Erziehungssystem durchscheint, dem der Part der (inneren) Vollenendung der Vereinigung zugewiesen wird.

Die Metaphorik des Wachsens, also des Organischen und Lebendigen, ist ein durchgängig gebrauchtes Bild zur Erzeugung einer anderen Vorstellungswelt als jener, die man allenthalben domi-

nieren sieht. Das Bild vom Leben ist auch dort wirksam, wo von der jüngeren Generation enttäuschte politische Hoffnungen geäußert werden. Gerade am 4. November 1993 haben sich – wohl in Erinnerung an die große Demonstration in Ostberlin vier Jahre zuvor – nach Aktion rufende Eintragungen in den Besucherbüchern gehäuft: „Nur eins bitte nicht: Resignation! Uns bleibt nur der Weg auf die Straße, die Ossis müssen den Schwung von '89 wiederfinden.“ – „Wir jungen Berliner sitzen zwischen zwei Stühlen, zwischen gefrusteten Wessis und traurigen Ossis. Wir werden alle noch mal auf die Straße gehen, mit neuem Willen zur Revolution. Gebt uns, der Nachwuchsgeneration, eine Chance, wir haben Visionen und Ideen.“ (11 u. 13: 04./05. 11. 93, junge m?, Ostdeutschland)

Auffällig ist auch, daß die meisten Westdeutschen den Willen zum Zupacken betonen und durchaus auch den zur wirtschaftlich-finanziellen Einschränkung. Wovon sie aber nicht sprechen, ist eine psychische Änderung ihrer selbst (wie es manche Ostdeutsche von ihnen wünschen und erhoffen). Wirtschaftlich-monetäre Einschränkungen werden akzeptiert, doch insgesamt ist man, so wie man ist, mit sich „zufrieden“, will keine „sozialpsychologischen“ Veränderungen. Eine der wenigen Stimmen, die sich hier äußerte, lautete: „Wir Westdeutschen haben uns doch noch gar nicht vor Augen geführt, daß wir uns nach der Wiedervereinigung in einem anderen Land befinden. Mit dem Ende der DDR hat doch auch die alte Bundesrepublik aufgehört zu existieren.“ (13: 16. 11. 1993, m, Westdeutschland)²⁹ Hier, so darf man vermuten, ist eine fortdauernde Quelle für den Fortbestand von Fremdheit und wechselseitiger Distanz zu finden. Wenn nämlich von der einen Seite die persönliche Biographie, die Psyche ins Spiel gebracht wird, die andere Seite aber gerade das Persönliche durch monetäre Aspekte zu verdinglichen sucht, wird nur prolongiert, was die aktuelle Situation kennzeichnet: *Desintegration*.

Nimmt man an, daß die in zahlreichen sozialpsychologischen Studien herausgearbeiteten Differenzen in den Lebenswegen und in den Wahrnehmungsmustern zwischen Ost und West keine bloß im wissenschaftlichen Diskurs kursierenden Auffälligkeiten sind, sondern daß sie sich tatsächlich im Alltag der Beobachteten und Befragten niederschlagen, so stellt sich die Frage, wie mit dieser

²⁹ Vgl. mit nahezu identischem Tenor auch L. Ensel (Anm. 27), S. 36. Das Neue denken ähnlich weitreichend auch: Wolf Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992; Klaus von Dohnanyi, Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, München 1990.

Differenz in der Reflexion über sie umgegangen wird. Denkbar sind mehrere Varianten selbst dann, wenn man – wie allgemein üblich – davon ausgeht, daß die westlichen Kultur- und Lebenslaufmuster nun zu den dominanten, jene der östlichen Gesellschaft majorisierenden geworden sind. Eine Variante besteht in der schnellen Angleichung an den westlichen Lebensstil. Sie war zu erwarten gewesen aus der Wunschprojektion von 1989 heraus, zum anderen Teil Deutschlands zu gehören. Die Biographieforschung legt freilich eine zweite Variante nahe: Ein gewisses Beharrungsbestreben ist im Hinblick auf Gewohnheiten und Orientierungsmuster einer Person eher zu erwarten als das Abwerfen der eingeschliffenen Handlungs- und Denkformen. Dies zumal dann, wenn von einem Wechsel nicht zugleich auch das soziale Umfeld betroffen ist. Dagegen bieten die Besucherbücher eher Stimmen und mithin Daten für eine dritte Variante, die den Faktor Zeit stärker ins Spiel bringt³⁰.

Erst im nachhinein, so möchte man sagen, vier Jahre nach der Maueröffnung, trifft das Geschichtseignis, ein wiedervereinigtes Volk zu sein, die Menschen in Deutschland unvorbereitet, und sie reagieren darauf auf beiden Seiten mit dem Plädoyer für Verlangsamung. Will man von einer „Ethnologie des Inlands“ sprechen³¹, so wird man sehen müssen, daß die gewohnte Balance zwischen den „Polarisierungszwillingen“³² DDR und Bundesrepublik, die in ihrer Unterschiedlichkeit komplementär und in ihren Selbstwahrnehmungen angewiesen waren auf den Blick auf den jeweiligen anderen als das „Andere“, dahin ist.

VII. Bilanzen: Besucher thematisieren die Besucherbücher

Die Besucherbücher forderten nicht nur zum Streit untereinander heraus, zum Dialog und zum gemeinsamen Weiterdenken, sondern sie wurden von den Besuchern selbst zum Gegenstand ihrer Analysen gemacht. So beklagt eine junge Frau aus Westdeutschland die in den Niederschriften sich ausdrückende Stimmung in der ehemaligen DDR –

³⁰ Vgl. in diesem Zusammenhang auch: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.), Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991.

³¹ Vgl. die zahlreichen Beispiele bei L. Ensel (Anm. 27).

³² Vgl. Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 3–18.

wo sei die Freude über die neuen politischen Rechte und Freiheiten geblieben? „Wo sind die Menschen, die sich so sehr die freie Meinungsäußerung und Reisefreiheit gewünscht hatten? Freut sich denn keiner von ihnen über den Mauerfall? Warum nur Klagen?“ (3: 25. 11. 93, junge w, Westdeutschland) Jemand hat darunter geschrieben: „Pressefreiheit für Arbeitslose im Osten?“

Die Prioritäten der Wahrnehmung und Bewertung der Gegenwart sind andere geworden. Die Erlangung politischer Freiheiten im Osten ist in den Besucherbüchern von östlicher Seite kaum ein Thema. Der aufmerksame Leser der Bücher wird feststellen, daß die Reisefreiheit, die freie Meinungsäußerung und freie Wahlen *nicht* thematisiert werden. Erst die Erinnerung macht die Differenz in den allgemeinen Bürgerrechten wieder sichtbar. Denkt man an die Bilder und Stimmungen von 1989/90 zurück, so stellt man fest, wieviel sich geändert hat. Keine Rede ist mehr vom Glück, dem Westen zuzugehören, von Freiheit, Reisemöglichkeiten etc. Das Gewonnene – weil jetzt selbstverständlich – wird nicht thematisiert, das Verlorene – Geborgenheit, Kontinuität, soziale Sicherheit – deutlich herausgestrichen. Das ist insofern durchaus verständlich, als es gerade die Verluste sind, die den Alltag dominieren: Die Arbeitslosigkeit sowie das Verschwinden der gewohnten sozialen Bezüge und Lebensformen werden täglich neu und schmerzhaft erfahren. Das können die gewonnene Reisefreiheit und die – in den letzten Monaten der DDR-Gesellschaft allenthalben schon um sich greifende – individuelle Meinungsoffenheit nicht kompensieren.

Diese Haltung bleibt natürlich nicht ohne Kommentar und Widerspruch – insbesondere seitens der Besucher aus dem Westen. Den Verlustäußerungen setzt eine jugendliche Schreiberin aus Jever in Ostfriesland deutlich entgegen: „Ich habe mir gerade mal ein paar Seiten durchgelesen. Und muß feststellen: Hört endlich auf zu meckern!! *Ist Freiheit nicht mehr wert als alles andere??* Aller Anfang ist schwer, auch dieser, aber es kann nur aufwärts gehen, wenn jeder was dafür tut, und da sollte man vielleicht *mal bei sich anfangen* und nicht *immer* auf die anderen warten.“ (7: 20. 05. 93, junge w, Westdeutschland)

Ähnlich urteilen „zwei Mindener“: „Am 9. November 1989 haben wir vor Freude über die Entwicklung – Untergang des ‚realexistierenden Sozialismus‘ – geweint. Heute – nach ca. dreieinhalb Jahren – sind wir nachdenklich über alles, was sich verändert hat! Wer wollte denn die Freiheit haben? *Wir* hatten sie!“ (3: 31. 07. 93, m/w?, Westdeutschland)

Ein Stuttgarter schreibt, er „vermisse bei den vielen Zuschriften in diesem Buch die Gedanken aus der Unfreiheit und Gängelei in die Freiheit nach so vielen Jahren. Bin selbst vor über 40 Jahren geflüchtet, und wir haben alles, Haus, Hof und Besitz, zurückgelassen, um diesem Regime zu entgehen und um der Freiheit willen. Diese Eindrücke vermisse ich hier.“ (4: 26. 08. 93, m?, Stuttgart)

Auch im Bilanzieren des Gelesenen bleibt der geradezu hilflose Versuch der Besucher evident, gegen die alltäglichen Nöte und permanent erfahrbaren Brüche in der Biographie der neuen Bundesbürger einen eher abstrakt bleibenden Gewinn zu setzen. Das Unterfangen, die gewonnene „Freiheit“ in eine individuelle Bilanz einbringen zu wollen, kann nur schiefgehen. Denn in vielen Fällen wird eben diese Freiheit *heute* als etwas, was nie vermißt wurde, deklariert. Die Struktur der Argumentation in den uns vorliegenden Texten, die auf die Besuchereinträge in den Besucherbüchern selbst reflektieren, entspricht etwa der im „Ossi-Wessi-Streit“: In den Blick gerät hier wie dort nicht das konkrete Individuum, sondern das Kollektiv oder das abstrakte Individuum. Was fehlt, ist der Vorschlag, auch hier – im Gefolge einer kommunitaristischen Idee etwa³³ – gemeinsam nach der Verwirklichung von Freiheit zu streben.

Eine Ausnahme bieten die Besucherbücher freilich auch hier. Unter der Überschrift „Kleine Anekdote“ ist von einem Besucher aus Essen/Berlin (3: 14. 11. 93, m, Westdeutschland) zu lesen: „An einem grauen Novembertag bin ich nun hier gewesen, beeindruckt von der guten Darstellung unserer Geschichte, der Geschichte der *Menschen* in Deutschland. ‚Wie geht es weiter?‘ – und leider doch überkommt mich das Gefühl der Leere, fast schon Resignation, wenn ich hier die Kommentare lese. Hat da wirklich ‚jemand die Fenster aufgestoßen, nach den Jahren der geistigen Stagnation‘ (Stefan Heym 4. 11. 89 auf dem Alex) oder dümpeln wir immer tiefer in einem Mief, gleichermaßen in Ost und West, aus dem unsere Kinder nicht nach oben sehen können. Die Ideale, die ihr Erwachsenen fast alle nicht erlebt, kennt die Jugend kaum noch. Deutschland im Herbst 93 – ein Trauerspiel. ‚Und ich glaube und hoffe doch auf uns. Und wäre ich am Ende, erreicht habe nichts als einen Anfang von vorn!‘ (frei nach W. Biermann).“

33 Vgl. einfühend: Axel Honneth (Hrsg.), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt am Main – New York 1994².

Zukunftsvorstellungen der Menschen als Erklärungsvariable für die Krise in der DDR und die gegenwärtige Situation in Ostdeutschland

I. Ausgangsgedanken

Eine mögliche Variante des Vorgehens bei der sozialwissenschaftlichen Betrachtung der in Ostdeutschland vor und seit der Wende laufenden sozialen Prozesse ist die Einbeziehung der *Zeitdimension*¹. Doch fast allen Analysen zum gesellschaftlichen Zusammenbruch und zum Transformationsprozeß ist gemeinsam, daß zeitsoziologische Aspekte weitgehend ausgespart blei-

1 Die bisher vorliegenden Analysen sind vielfältig sowohl hinsichtlich der von ihnen bemühten theoretischen Prämissen (z. B. Sozialisationstheorie, Strukturfunctionalismus, rational-choice-Ansatz) als auch hinsichtlich der jeweils spezifisch betrachteten Aspekte (z. B. politische Eliten, Bürgerbewegung, Umwelt), doch fehlt eine zeitsoziologische Betrachtung. Vgl. Reinhard Bohse et al. (Hrsg.), *Jetzt oder nie – Demokratie!*, Leipzig 1989; Gert-Joachim Glaeßner, *Der schwierige Weg zur Demokratie: vom Ende der DDR zur deutschen Einheit*, in: Wolf-Jürgen Grabner et al. (Hrsg.), *Leipzig im Oktober, Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende*, Berlin 1990; Wolf-Jürgen Grabner, *Zur Stellung der Kirchen in den gesellschaftlichen Veränderungen der DDR: Untersucht anhand von offiziellen Stellungnahmen der Kirchenleitungen und kirchlicher Amtsträger*, in: W.-J. Grabner et al. (Hrsg.), *ebd.*; Wolfgang Schneider, *Leipziger Demontagebuch*, Leipzig u. a. 1990; Christiane Heinze/Detlef Pollack, *Zur Funktion der politisch alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR*, in: W.-J. Grabner et al. (Hrsg.), *ebd.*; Egon Hölder (Hrsg.), *Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR*, Stuttgart 1992; Sigrid Meuschel, *Wandel durch Auflehnung*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 1 (1991) 1, S. 15–27; Kurt Mühler/Reinhard Wippeler, *Die Vorgeschichte der Wende in der DDR. Versuch einer Erklärung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 45 (1993) 4, S. 691–711; Karl-Dieter Opp, *DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (1991) 2, S. 302–321; Kurt Mühler/Steffen Wilsdorf, *Meinungstrends in der Leipziger Montagsdemonstration: Nachbetrachtungen zu einer basisdemokratischen Institution*, in: W.-J. Grabner et al. (Hrsg.), *ebd.*; B. Prosch/Martin Abraham, *Die Revolution in der DDR*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (1991) 2, S. 291–301; Manfred Tietzel et al., *Die Logik der sanften Revolution*, Tübingen 1991; Beate Völker et al., *Netzwerkanalyse. Mehr als eine Methode*, in: *Kultursoziologie Leipzig*, 1 (1992) 2, S. 38–50.

ben², und dies, obwohl Lawrence K. Frank bereits 1938 feststellte: „Vielleicht hat kein Gebiet die Erforschung der Zeitproblematik so nötig wie das Feld menschlichen Verhaltens, und keines verspricht mehr fruchtbareren Lohn für einfallreiche Überlegungen, denn alles menschliche Verhalten... ist bedingt durch die Zeitperspektive.“³

Die folgenden beiden Hypothesen sollen im vorliegenden Beitrag näher betrachtet werden:

Erste Hypothese:

Der Sozialismus in der DDR ist an den Zukunftsvorstellungen der Menschen, an der von ihnen immer stärker wahrgenommenen Gefahr gescheitert, daß ihr gegenwärtiges, bisher als gesichert geltendes Lebensniveau künftig nicht mehr gewährleistet sein könnte.

Zweite Hypothese:

Mit der Übernahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wurde zugleich ein anderes – deren – Zeitbewußtsein adaptiert. Die Menschen sehen sich jetzt mit einer relativ unsicheren Gegenwartsperspektive konfrontiert, dafür steht eine offene, nun (mehr oder weniger) selbständig zu gestaltende Zukunft vor ihnen. Die Konflikte, die sie mit der DDR hatten, erweisen sich keineswegs als gelöst, neue – mit der neuen Gesellschaft – sind hinzugekommen.

Zur Verifizierung bzw. Falsifizierung dieser beiden Hypothesen gehen wir folgendermaßen vor: Zunächst werden einige Grundbestandteile zeittheoretischen Denkens umrissen. Im Anschluß daran wird versucht, die Situation in der DDR vor der

2 Eine Ausnahme bildet die Shell-Jugendstudie von 1992, die Vergleiche zum Zeitbewußtsein zwischen neuen und alten Bundesländern gestattet. Vgl. Heinz-Ulrich Kohr, *Zeit-, Lebens- und Zukunftsorientierungen*, in: *Jugend '92, Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinten Deutschland*, hrsg. v. Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen 1992.

3 Lawrence K. Frank, *Time Perspectives*, in: *Journal of Social Philosophy and Jurisprudence*, 4 (1938), S. 292–312.

politischen Wende im Herbst 1989 (*erste Hypothese*) allgemein zu beschreiben, um schließlich auf die gegenwärtigen Zukunftsvorstellungen der Menschen (*zweite Hypothese*) konkreter eingehen zu können. Abschließend soll der Einfluß des individuellen Zeitbewußtseins auf die Einstellungen und das Verhalten der Menschen in den neuen Bundesländern analysiert werden.

II. Grundbestandteile zeittheoretischen Denkens

Aufgrund der Fülle sozialwissenschaftlicher Publikationen zu dieser Thematik ist es nicht möglich, im Rahmen dieses Beitrages einen zusammenfassenden Überblick über die Ansätze und Bestandteile des zeittheoretischen Denkens zu geben. Einen Eindruck vermitteln jedoch z. B. die Literaturstudien von Werner Bergmann⁴ und der Aufsatz von Karl G. Tismer⁵. Im Rahmen der vorgesehenen Betrachtung interessieren insbesondere solche Arbeiten, die dem Problem gewidmet sind, wie Menschen, die mit einer bestimmten – mitunter auch relativ außergewöhnlichen – Zeitsperspektive konfrontiert sind, ihr Verhalten ausrichten⁶.

Für Niklas Luhmann ist es „unabhängig ... von allen (ohnehin sehr vordergründig geführten) Kontroversen um ‚Handlungstheorie‘ oder ‚System-

4 Vgl. Werner Bergmann, *Die Zeitstrukturen sozialer Systeme. Eine systemtheoretische Analyse*, Berlin 1981; ders., *Das Problem der Zeit in der Soziologie. Ein Literaturüberblick zum Stand der „zeitsoziologischen“ Theorie und Forschung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35 (1983), S. 462–504.

5 Vgl. Karl G. Tismer, *Zeitperspektiven und soziale Schichtzugehörigkeit*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37 (1985), S. 677–697.

6 Lawrence L. LeShan versuchte 1952 als erster, den Einfluß von sozialer Herkunft, Geschlecht und Alter auf die Zeitperspektive und auf den sozialen Erfolg von acht- bis zehnjährigen Kindern herauszuarbeiten. Andere Wissenschaftler fanden etwa ein spezifisches, normatives Verhaltensmuster bei Mittelschichtkindern heraus, dem zufolge diese – gegenüber Unterschichtkindern – weniger gegenwartsorientiert seien und einen weiteren Zeithorizont hätten. Eine solche Einstellung ermögliche z. B. die Inkaufnahme längerer Ausbildungszeiten und den Aufschub von ökonomischer Unabhängigkeit und sei letztlich für den Aufstieg und Verbleib in der Mittelschicht verantwortlich. Vgl. Lawrence L. LeShan, *Time Orientation and Social Class*, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology*, 47 (1952), S. 589–592; Louis Schneider/Sverre Lysgaard, *The Deferred Gratification Pattern – A Preliminary Study*, in: *American Sociological Review*, (1953) 18, S. 142–149; Helmut Lamm/Rolf W. Schmidt/Gisela Trommsdorff, *Sex and Social Class as Determinants of Future Orientation (Time Perspective) in Adolescence*, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 34 (1976), S. 317–326.

theorie‘ ... unbestritten ..., daß der Handelnde nach seinen Intentionen handelt und daß seine Zeitvorstellungen die Struktur seiner Intention bestimmt, etwa die Weite seines Zeithorizontes, seine Risikobereitschaft, seine Bereitschaft zur Vertagung von Befriedigungen“⁷.

Im Mittelpunkt der meisten zeittheoretischen Arbeiten steht die Frage, wie das Verhalten der Menschen durch die individuelle Zeitperspektive beeinflußt wird. Dieser Zusammenhang ist unter sehr unterschiedlichen makro-sozialen Rahmenbedingungen untersucht worden. Tismer etwa hat insgesamt 24 Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit und verschiedenen Zeitperspektive-Variablen ausgewertet. Als eine Fundamentalkategorie kann dabei das *Zeitbewußtsein* gelten. Es beinhaltet die Art und Weise, in der ein Zusammenhang zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gesehen wird. Diese Sichtweise hat elementare Bedeutung für die Bestimmung der Handlungsabsichten. So wird ein Zeitbewußtsein beispielsweise als *linear* bezeichnet, bei dem die Gegenwart als Ergebnis der Vergangenheit und die Zukunft als Ergebnis der Gegenwart angesehen wird. Für das *zyklische* Zeitbewußtsein ist dagegen kennzeichnend, daß Veränderungen verneint bzw. lediglich als Wiederholungen – wie z. B. der Lauf der Jahreszeiten – verstanden werden. Während beim letzteren die individuelle Suche nach Handlungsalternativen überflüssig wird, kommt es beim linearen Zeitbewußtsein darauf an, die eigene Zukunft aktiv zu gestalten. So erklärt letztlich die jeweilige Form des Zeitbewußtseins das Zustandekommen der *Zukunftsperspektive*⁸.

Rudolff Wendorff zählt im einzelnen eine ganze Reihe von Unterschieden zwischen dem modernen (linearen) europäischen Zeitbewußtsein und dem vor allem in Entwicklungsländern anzutreffendem eher zyklischen Zeitbewußtsein auf. Für letztere ist beispielsweise ein engbegrenzter, wenig zukunftsorientierter Zeithorizont mit rhythmischen und damit zyklischen Erlebens- und Denkweisen charakteristisch. Die Menschen haben kaum Vorstellungen von einer durch die eigene Kraft kontinuierlich gestaltbaren Zukunft; damit herrscht Zeitgleichgültigkeit mit wenig bzw. eher religiösen Reflexionen über die Zeit, eine ungenau gliedernde Zeitmessung und dementsprechend eine wenig präzise und kaum eingehaltene Zeiteinteilung⁹.

7 Niklas Luhmann, *Zeit und Handlung – eine vergessene Theorie*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 8 (1979), S. 63.

8 Vgl. Karl G. Tismer (Anm. 5), S. 677ff.

9 Vgl. Rudolff Wendorff, *Konflikt und Koexistenz verschiedener Zeiten*, in: Rainer Zoll (Hrsg.), *Zerstörung und Wiederaufbau von Zeit*, Frankfurt am Main 1988, S. 628–640.

Aus den hier aufgeführten Arbeiten ergeben sich für unsere Analyse die folgenden drei operationalen Kriterien, nach denen Zeitbewußtsein und Zukunftsperspektive der Menschen in der DDR bzw. – heute – in den neuen Bundesländern konkret beurteilt werden sollen¹⁰:

1. *Kriterium*: Sind in der Zukunft Veränderungen zu erwarten, oder wird Neues (wahrscheinlich) nicht stattfinden?

2. *Kriterium*: Besteht für die Gestaltung der Zukunft ein eigener individueller Handlungsspielraum, oder ist dies nicht der Fall?

3. *Kriterium*: In welchem Maße sind künftige Ereignisse und Prozesse als vorherbestimmt zu betrachten?

III. Zu den Zeit- und Zukunftsvorstellungen in der DDR vor der Wende im Herbst 1989

Die von der SED propagierte Zeit- und Zukunftsperspektive erfüllt wesentliche Kriterien eines zyklischen Zeitbewußtseins bzw. einer nicht strukturierten Zeitvorstellung¹¹. Von der Parteiführung publizierte Materialien erweisen sich als eine Fundgrube für zukunftsbezogene Aussagen. Dabei tritt der zyklische (geschlossene) Charakter der Zukunftsperspektive – d.h. die ständige Wiederholung der gegenwärtigen Prozesse – vor allem im politischen Bereich zutage. Folgende Zitate dafür seien angeführt:

– „Indem wir das Erreichte resümieren, richten wir unseren Blick mit der daraus gewonnenen Kraft und Zuversicht vor allem auf Gegenwart und Zukunft.“¹²

10 Vgl. Otthein Rammsted, *Alltagsbewußtsein von Zeit*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 27 (1975); Artur Fischer, *Zeitbewußtsein*, in: *Shell AG, Jugendwerk, Jugend '81, Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder*, Hamburg 1981, S. 346–377.

11 Es muß eigenständigen Forschungen vorbehalten bleiben, die Zeitperspektive der DDR-Machtelite zu ermitteln. Dafür bieten die Propagandamaterialien der SED, aber auch die – heute zugänglichen – Archive reichhaltiges Material. In diesem Rahmen ist es lediglich möglich, einige Grundtendenzen grob zu umreißen.

12 Otto Reinhold, *Zur Gesellschaftskonzeption der SED*, in: *Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*, hrsg. v. Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, (1981) 6, S. 483–489, hier S. 483.

– „Es war, ist und bleibt unser unumstößlicher Grundsatz, daß die politische Leitung der gesellschaftlichen Prozesse im Sozialismus nur durch eine Partei erfolgen kann, die ... eine kontinuierliche Politik verfolgt...“¹³

– „Was nun schon während mehrerer Fünfjahrespläne den Kurs unserer Partei bestimmt und zur Erfahrung der Menschen geworden ist, wird sich auch künftig bewähren.“¹⁴

Wendungen wie „war, ist und bleibt“, „wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft“, „jetzt und für immer“ und „wie bisher, so auch künftig“ waren typisch für den Sprachgebrauch der SED-Ideologen. Sie signalisierten den Menschen, daß in der mittelfristigen Zukunft keine grundsätzlichen Veränderungen zu erwarten waren¹⁵. Die gesellschaftliche Entwicklung sollte „planmäßig-proportional“ entsprechend den zentralen Vorgaben verlaufen. Zwar wurde propagandistisch die kommunistische (klassenlose) Gesellschaft als langfristiges Entwicklungsziel dargestellt, konkret ging es jedoch um Tagesprobleme: im Sinne der SED-Ideologie um die „Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. Der Kommunismus, in dem jeder nach seinen Bedürfnissen leben sollte, galt demgegenüber als ein zunächst nicht erreichbares Fernziel. Mühler/Wippler sehen in dieser Hinsicht relevante Unterschiede zwischen der Ulbricht-Ära, in der ein Befriedigungsaufschub bis in die lichtere Zukunft des Kommunismus propagiert wurde, und der Zeit der Honecker-Herrschaft: Seit der Machtübernahme Erich Honeckers im Jahre 1971 wurde der Konsum auf Kosten der volkswirtschaftlichen Akkumulation stärker in den Vordergrund gestellt – propagandistisch von der SED-Ideologie als „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ umschrieben¹⁶.

Bis 1989 lassen sich hinsichtlich der Zeit- und Zukunftsvorstellungen, die die DDR-Bürger hatten, folgende zwei Tendenzen unterscheiden:

13 Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 7; Hervorhebungen durch die Autoren.

14 Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag der SED, Berlin 1981, S. 9; Hervorhebungen durch die Autoren.

15 Zukunft in der DDR beschrieb Christoph Hein in seinem Roman *Der Tangospieler* (Berlin u. a. 1989) wie folgt: „Dallow malte unermüdlich Linien und Kreise auf das Tischtuch. Vermutlich, sagte er sich dann, ist Zukunft einfach nur eine Verlängerung dessen, was geschehen ist oder gerade erfolgt. Roessler braucht nur das weiterzumachen, was er bisher Tag für Tag gemacht hat, er braucht nur auf dem Stuhl sitzenzubleiben, und seine Zukunft ist sicher, hell und klar.“ (S. 37f.).

16 Vgl. K. Mühler/R. Wippler (Anm. 1), S. 698ff.

1. Die individuellen Zeit- und Zukunftsvorstellungen waren mehr oder weniger das Abbild der auf der makro-sozialen Ebene geltenden Voraussetzungen. Damit wurde bestimmten menschlichen Bedürfnissen, wie z. B. dem nach einem geregelten Leben, nach Geborgenheit und Bequemlichkeit, nach vorhersehbaren Zukunftsperspektiven und Sicherheit, entsprochen. Das Leben war für die DDR-Bürger weitgehend berechenbar. Die soziale Sicherheit – insbesondere die Sicherheit des Arbeitsplatzes, aber auch das Leben mit Kindern – schien unabhängig von den Anstrengungen des einzelnen geregelt zu sein. Es herrschte die Auffassung vor, daß das bestehende politische System bis in die Zukunft zementiert sei¹⁷.
2. Die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen waren aufgrund zentraler Vorgaben auf ein vergleichsweise niedriges Niveau beschränkt, mit der Folge einer gewissen Uniformität der individuellen Lebensläufe, wovon insbesondere die Generation der nach dem Zweiten Weltkrieg in Ostdeutschland Geborenen betroffen war¹⁸. Die Herausbildung origineller Persönlichkeitsstrukturen konnte oftmals nur entgegen den von Partei und Staat propagierten Vorstellungen von der Entwicklung der Menschen zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ erfolgen. Die gewährte soziale Sicherheit fungierte jedoch als Puffer, durch den das vorhandene Konfliktpotential abgefedert wurde.

Etwa ab Mitte der achtziger Jahre nahm in der DDR die Konfliktbereitschaft gegenüber dem be-

17 Interessant ist folgende Einschätzung zur scheinbaren Stabilität des Gesellschaftssystems in der DDR noch kurz vor dessen Zusammenbruch, die die damalige Auffassung einer großen Mehrheit ausdrücken dürfte: „Trotz aller Sturmzeichen versprach das Jahr 1989 nicht besser und nicht schlechter zu werden, als die vielen ereignislosen Jahre vorher. Die Welt des realen Sozialismus schien nicht ohne Schönheitsfehler, aber unangreifbar stand die Macht der Partei und Staatsicherheit. Dem kühnsten Propheten wäre es nicht im Traum eingefallen, daß am Ende des Jahres Hunderttausende auf die Straße gehen würden, um Freiheit und Demokratie einzufordern.“ Vgl. Armin Mitter/Steffen Wolle (Hrsg.), Ich liebe Euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990, S. 8.

18 Wesentliche Eckdaten des individuellen Lebenslaufs wurden zentral vorgegeben bzw. standen unter direktem Einfluß des Staates: Garantie eines Kindergartenplatzes, Sicherheit einer Berufsausbildung, Festschreibung und Vereinheitlichung der Lehrpläne an den Grundschulen, Oberschulen, Berufsschulen sowie Fach- und Hochschulen, die Gleichschaltung des Zuganges zu Informationen, Arbeitsplatzsicherheit, staatlich geregelte Vergabe von Urlaubsplätzen, zentrale Wohnungsvergabe zu niedrigen Mietpreisen, umfangreiche Subventionen für nichtleistungsgerechte Umverteilungen usw. bis hin zur Reiseerlaubnis im Rentenalter.

stehenden System zu. Die inzwischen zugänglichen Materialien des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) enthalten dazu interessante Hinweise.

IV. Zusammenbruch der DDR und Folgen der Wiedervereinigung

1. Allgemeine Beschreibung

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 und der damit verbundenen Übernahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik veränderten sich auch die Rahmenbedingungen des Zeitbewußtseins der Menschen: Die soziale Marktwirtschaft bringt es mit sich, daß sie ihr Leben nun in nahezu allen Lebensbereichen selbst organisieren und die offene Zukunft eigenständig planen müssen. Die neuen Rahmenbedingungen für das Verhalten befördern (vgl. die *zweite Hypothese*) jedoch nicht die Lösung der Konflikte, die sie mit der DDR hatten, sondern spitzen diese noch zu. Es kam und kommt zu dem befürchteten Verlust dreier Werte, die die Identität der DDR-Bürger wesentlich geprägt haben dürften: *Geborgenheit*, *Kontinuität* und *Sicherheit*. Damit besitzt diese Hypothese Erklärungswert für bestimmte aktuelle soziale Prozesse in Ostdeutschland bis hin zu einer zu beobachtenden DDR-Nostalgie.

Trotzdem war – insbesondere zwischen der Öffnung der Grenzen im November 1989 und der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 – eine Aufbruchstimmung zu verzeichnen. Mit dem Zusammenbruch der DDR wurde die Hoffnung verbunden, daß damit die in der DDR existierenden materiellen Probleme (vgl. die *erste Hypothese*) gelöst werden könnten, ohne allerdings die von den Menschen geschätzten Werte – Geborgenheit, Kontinuität, Sicherheit – zu tangieren. Eine solche allgemeine Euphorie dokumentiert die Erhebung „Leben DDR/Ostdeutschland“ vom Januar 1990¹⁹. Diese Studie, die seit 1990 bereits fünfmal wiederholt worden ist, ist den subjektiven Einstellungen der Menschen gewidmet und enthält damit u. a. auch eine Reihe zeitsoziologischer Indikatoren, die im

19 Diese zunächst für die DDR bzw. später für Ostdeutschland repräsentative Untersuchungsreihe wurde u. a. dokumentiert in: Michael Häder/Sabine Häder, Turbulenzen im Transformationsprozeß. Die individuelle Bewältigung des sozialen Wandels in Ostdeutschland 1990 bis 1992, Opladen 1995.

weiteren betrachtet werden. Zuerst soll auf eine im Rahmen dieser Erhebung gestellte Frage eingegangen werden, die auf verschiedene, von den Menschen antizipierte Bedingungen zielt: „Nun interessieren uns Ihre eigenen Erwartungen. Wie werden sich Ihrer Meinung nach folgende Bedingungen in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? Was wird besser, was schlechter, was so bleiben?“

Der Anteil der Befragten (N= 1528), die eine Verbesserung bzw. Verschlechterung erwarteten, betrug 1990 bei den Bedingungen für demokratisches Handeln in der Gesellschaft 78 bzw. 8 Prozent, bei den Bedingungen für eine natürliche Umwelt 70 bzw. 14 Prozent und bei den Bedingungen für ein gesundes Leben 58 bzw. 7 Prozent.

Die gleiche Frage wurde 1993 von den Befragten (N= 1548) deutlich weniger euphorisch beantwortet: Bei den Bedingungen für demokratisches Handeln in der Gesellschaft erwarteten nur noch 26 Prozent eine Verbesserung, 37 Prozent befürchteten eine Verschlechterung. Bei den Bedingungen für eine natürliche Umwelt betrug die entsprechenden Anteile 46 bzw. 30 Prozent, bei den Bedingungen für ein gesundes Leben 42 bzw. 11 Prozent.

Besonders hinsichtlich der Bedingungen für demokratisches Handeln in der Gesellschaft wurde von mehr Menschen eher eine Verschlechterung erwartet als eine Verbesserung. 1990 war dieses Verhältnis bei allen elf erfragten Lebensbereichen noch umgekehrt. Die Euphorie ist offenbar einer realistischeren Sicht der Bedingungen und damit verbunden einer Transformation der Zeit- und Zukunftsvorstellungen gewichen.

Eine weitere Frage diente dazu, die *bevorzugte Form des Zeitbewußtseins* zu ermitteln. Dazu wurde mit jeweils einer Vorgabe nach dem linear offenen (A), dem okkasionellen (B), dem zyklischen (C) und dem linear geschlossenen (D) Zeitbewußtsein (in Analogie zu den von Rammstedt 1975 entwickelten Typen)²⁰ gefragt.

Der Indikator lautete: Im folgenden finden Sie verschiedene Ansichten darüber, wie man sein Leben gestalten kann. Wählen Sie bitte diejenige Aussage, die für Sie am meisten zutrifft.

A) Die Zukunft gestalte ich durch mein gegenwärtiges Verhalten. Ich weiß jedoch nicht genau, wie sie konkret aussehen wird.

B) Ich lebe vor allem im „Hier und Jetzt“. Bei

dem, was ich tue, interessiert mich kaum, was gestern war und was morgen passieren wird.

C) In meinem Leben ist eigentlich nichts Neues mehr zu erwarten. Da sowieso nur Sachen passieren, die es schon gegeben hat, ist es letztlich egal, wie ich mich verhalte.

D) In meiner Entwicklung bewege ich mich auf ein bestimmtes letztendliches Ziel zu, dessen Erreichen ich durch mein Handeln beeinflussen kann.

Im weiteren werden diese Antworten – als zunächst provisorisches Kriterium – dazu benutzt, um die Befragten anhand der von ihnen am stärksten bevorzugten Form des Zeitbewußtseins zu gruppieren. Folgende Verteilung wurde 1993 ermittelt:

Ein linear offenes Zeitbewußtsein (A) hatten 50 Prozent, ein linear geschlossenes (D) 29 Prozent, ein zyklisches (C) 14 Prozent und ein okkasionelles Zeitbewußtsein (B) hatten 7 Prozent der Befragten. Hier zeigt sich zunächst, daß die Menschen in Ostdeutschland (inzwischen) zu fast 80 Prozent eine Form des linearen Zeitbewußtseins bevorzugen. Nach unseren Hypothesen ist eine Korrelation der unterschiedlichen Typen des Zeitbewußtseins mit einer entsprechenden Form der Bewältigung der sozialen Transformation in Ostdeutschland zu vermuten. Damit liegt eine konkretere Beschreibung dieser Typen nahe.

Tabelle 1: Lebenszufriedenheit und Zeitbewußtsein

	Formen des Zeitbewußtseins (Verteilung in Prozent)	Mittelwert*
linear geschlossen	50	2,4
linear offen	29	2,6
zyklisch	14	2,7
okkasionell	7	2,5

*Mittelwerte der Antworten auf einer 5stufigen Skala (vgl. Anmerkung 21) zur allgemeinen Lebenszufriedenheit bei Befragten, die verschiedene Formen des Zeitbewußtseins präferieren. Dabei bedeutet 1 = sehr zufrieden und 5 = sehr unzufrieden. Daten aus der Untersuchung „Leben Ostdeutschland 1993“, N = 1548.

Quelle: Eigene Darstellung.

In Tabelle 1 wird zunächst die Lebenszufriedenheit²¹ in den genannten Gruppen dargestellt. Das

21 Die konkrete Frage lautete: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem – mit Ihrem Leben? Sind Sie sehr zufrieden, zufrieden, teilweise zufrieden, unzufrieden, sehr unzufrieden?

20 Vgl. O. Rammstedt (Anm. 10).

Ergebnis läßt sich mit unserer zweiten Hypothese vereinbaren und erklären. Danach haben die mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland veränderten Rahmenbedingungen bei den meisten Menschen zunächst zu einem Umdenken in Richtung auf ein *linear offenes* Zeitbewußtsein geführt. Diese Art der Veränderung wird von den Menschen zwar rational vollzogen, aber als erzwungen wahrgenommen und erfordert damit – auf Kosten der Lebenszufriedenheit – von ihnen beträchtliche Anpassungsleistungen. Noch unzufriedener sind jedoch jene Befragten, die (wahrscheinlich noch) auf dem DDR-typischen *zyklischen* Zeitbewußtsein beharren, dieses jetzt jedoch nicht mehr mit der Wirklichkeit ihres Lebens vereinbaren können. Am besten werden dagegen jene Menschen mit der sozialen Transformation fertig, die für ihre Entwicklung ein bestimmtes letztendliches Ziel sehen, auf das sie sich zubewegen, die also ein *linear geschlossenes* Zeitbewußtsein besitzen. Die wenigen Vertreter eines *okkasionellen* Zeitbewußtseins, die Vergangenheit und Zukunft in ihrem Denken weitgehend ausblenden, fühlen sich von den stattfindenden Veränderungen ebenfalls weniger betroffen. Für sie bedeutet die Veränderung der äußeren Zeitperspektive durch die Übernahme der Marktwirtschaft – ebenso wie für Personen, die ihr Leben einem bestimmten Ziel gewidmet haben – keinen so tiefen Einschnitt wie für jene, die sich auf die verlorene Sicherheit und Geborgenheit zurückorientieren.

2. Die Bereiche Arbeit und Freizeit

Im folgenden sollen die Bereiche Arbeit und Freizeit unter zeitsoziologischen Aspekten mit dem Ziel betrachtet werden, anhand der o.g. drei Kriterien Aussagen über das neue Zeitbewußtsein und die neue Zeitperspektive der Menschen in Ostdeutschland treffen zu können.

a) Bereich Arbeit

1. Kriterium: In der Zukunft zu erwartende Veränderungen

Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und der Verlust der Garantie des Arbeitsplatzes haben zu neuen Rahmenbedingungen auch des Zeitbewußtseins und der Zeitperspektive der Menschen geführt. Die Berufstätigkeit etwa kann nun nicht länger als ein von jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung unabhängiger Prozeß betrachtet werden, woraus ein für die Ostdeutschen bisher unbekannter Leistungsdruck resultiert. Künftige Entwick-

lungen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, sind nur schwer absehbar. Schließlich entfällt die direkte, staatliche Einmischung (Planwirtschaft) in alle Angelegenheiten der Arbeit. Ein immenser Bedarf an beruflicher Weiterbildung sowie die Notwendigkeit beruflicher und territorialer Mobilität zeichnen sich ab.

In der Folge muß von einer Differenzierung der – unter planwirtschaftlichen Bedingungen relativ einheitlichen (weil leistungs- und berufsunabhängigen) – Zukunftserwartungen ausgegangen werden. Das gilt auch für alle mit der Arbeit zusammenhängenden Bedingungen, die nicht mehr festgeschrieben sind²². Besonders kritisch wurden 1990 die Bedingungen der Lohn- und Preisgestaltung²³ bewertet: 80 Prozent der Befragten in der Untersuchungsreihe „Leben DDR/Deutschland“ waren diesbezüglich unzufrieden bzw. sehr unzufrieden. Demzufolge waren die Erwartungen an Verbesserungen in der Zukunft besonders stark ausgeprägt²⁴. 61 Prozent erwarteten damals eine Verbesserung, nur 9 Prozent der Befragten glaubten an gleichbleibende Konditionen. Auch hier läßt sich deutlich ein inzwischen eingetretener Wandel hinsichtlich der Zukunftsvorstellungen erkennen: 1993 meinten nur noch 31 Prozent, daß es zu Verbesserungen dieser Bedingungen kommen werde; 30 Prozent vertraten die Auffassung, daß keine Veränderungen eintreten würden. Diejenigen Befragten, die bei der Frage nach dem Zeitbewußtsein die Antwortvorgabe gewählt haben, die Indikator für ein linear geschlossenes Zeitbewußtsein ist, erwarten in der Zukunft am stärksten Verbesserungen der mit der Arbeit zusammenhängenden Bedingungen. Am wenigsten positiv blicken die Vertreter eines zyklischen Zeitbewußtseins in die

22 Diese Tendenz kann mit den Daten der Untersuchungsreihe „Leben“ bestätigt werden: So nahmen 1990 noch 46,8 Prozent der Befragten an, daß sich in den nächsten Jahren die Bedingungen, „eine Arbeit zu haben, bei der man sich wohlfühlt“, nicht verändern werden; 1993 glaubten dies nur noch 32,5 Prozent.

23 Die konkrete Frage lautete: Wie zufrieden sind Sie mit folgenden Dingen bzw. Seiten in Ihrem Leben? Sind Sie mit ... Ihrer Arbeit ... Ihrer Freizeitgestaltung ... dem Verhältnis von Löhnen und Preisen ... sehr zufrieden, zufrieden, teilweise zufrieden, unzufrieden, sehr unzufrieden?

24 Die konkrete Frage lautete: Wir interessieren uns für Ihre eigenen Erwartungen. Wie werden sich Ihrer Meinung nach folgende Bedingungen in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren ändern? Was wird besser, was schlechter, was so bleiben? Erwarteten Sie in bezug auf die Bedingungen ... um mit Kindern zu leben ... um überhaupt Arbeit zu haben ... für sinnvolle Freizeitgestaltung ... nach denen Löhne und Preise gestaltet werden ... um eine Arbeit zu haben, bei der man sich wohlfühlt ... um sich zu bilden und zu qualifizieren ... für eine demokratische Entwicklung in der Gesellschaft ... eher eine Verbesserung, keine Veränderung, eher eine Verschlechterung?

Zukunft, da sie offenbar die gegenwärtige Krise für nicht überwindbar halten. In Tabelle 2 sind diese Ergebnisse dargestellt.

Anhand der Daten aus Tabelle 2 kann eine grundlegende Umstrukturierung der individuellen Zukunftserwartungen in bezug auf die Arbeit nachgewiesen werden. (Selbst im Vergleich zum Januar 1990 kann von einem solchen Wandel gesprochen werden.) Die neuen zeitlichen Rahmenbedingungen werden heute differenzierter beurteilt. Zugleich wird eine Abhängigkeit der Beurteilung der Zukunft vom jeweiligen Zeitbewußtsein deutlich.

Tabelle 2: Vergleich der Erwartungen von Befragten mit unterschiedlichem Zeitbewußtsein

Prozentsatz derjenigen Befragten, die in der Zukunft eine Verbesserung folgender Bedingungen erwarten:

Verbesserung der Bedingungen	Formen des Zeitbewußtseins			
	linear offen	linear geschl.	zyklisch	okkasionell
- um überhaupt eine Arbeit zu haben	24	34	22	28
- um eine Arbeit zu haben, bei der man sich wohlfühlt	22	30	18	25
- um sich zu bilden/ zu qualifizieren	33	41	23	34
N =	768	435	205	113

Daten aus der Untersuchung „Leben Ostdeutschland 1993“, N = 1548.

Quelle: Eigene Darstellung.

2. Kriterium: Ausmaß der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten

Die ehemals im wesentlichen auf Arbeitsplatzwechsel und Berufswahl beschränkten Gestaltungsmöglichkeiten haben sich zunächst formal stark erweitert, da die planwirtschaftlichen Reglementierungen entfallen sind, die dem einzelnen die Verantwortung für seine berufliche Entwicklung und damit die Verpflichtung zu selbstbestimmtem Handeln weitgehend abgenommen haben. Heute sind es andere Umstände, die individuelle (auch mittelständisch unternehmerische) Initiativen erschweren, so daß die eigene Zukunft – soweit es Arbeit und Beruf betrifft – wiederum nur bedingt gestaltbar erscheint. Das Entwerfen von Zukunftsbildern wird zudem durch die in der DDR erwor-

benen und damit nicht selten entwerteten Bildungsabschlüsse erschwert.

Die Ergebnisse der empirischen Studie „Leben DDR/Ostdeutschland“ zeigen, daß die individuellen Gestaltungsbemühungen stark ausgeprägt und zunächst unabhängig von der Bewertung der zukünftigen Bedingungen sind. So ist der Anteil jener Befragten, die sich „in sehr hohem Maße“ und „in hohem Maße“ darum bemühen, „den Anforderungen in der Arbeit gerecht zu werden“, sowohl 1990 als auch 1993 sehr hoch. Er betrug 1990 91 Prozent und 1993 sogar 93 Prozent²⁵. Ein Vergleich dieser Bemühungen unter Befragten, die zukünftig entweder eine Verbesserung oder eine Verschlechterung bzw. keine Veränderungen in den Arbeitsbedingungen erwarteten, zeigte 1990 keine wesentlichen Unterschiede. Es kann also davon ausgegangen werden, daß die sehr differenzierten Zukunftserwartungen zum Bereich Arbeit und Beruf zunächst ohne Bezug zu den durchgängig stark ausgeprägten Gestaltungsabsichten waren. 1993 konnte jedoch ein signifikanter Unterschied in den Handlungsabsichten in beiden Gruppen festgestellt werden; danach gaben jene Personen stärkere Handlungsbemühungen an, die auch die zukünftige Entwicklung positiver sehen.

Bezieht man an dieser Stelle wieder das Zeitbewußtsein in die Betrachtung ein, so zeigt sich bei Befragten mit einem linear geschlossenen Zeitbewußtsein erneut eine stärkere Ausprägung der Bemühungen, „den Anforderungen in der Arbeit gerecht zu werden“, „einen den Preisen entsprechenden Lohn zu erhalten“ und „Bildung und Wissen zu erweitern“. Sie unterscheiden sich insbesondere von Befragten, die ein zyklisches Zeitbewußtsein besitzen und die von allen vier Typen die – folgerichtig – am wenigsten intensiven Bemühungen angeben (vgl. Tabelle 3, S. 26).

3. Kriterium: Vorhersehbarkeit der Zukunft

Vor allem aufgrund des Wegfalls der Arbeitsplatzgarantie ist aus der in der DDR im wesentlichen vorhersehbaren Zukunft eine offene Perspektive geworden. Nur bedingt vorhersehbar

²⁵ Die konkrete Frage lautete: Kommen wir noch einmal zu einer allgemeinen Frage zurück. Betrachten Sie bitte Ihre gegenwärtige Situation. Sagen Sie uns bitte, wie intensiv bemühen Sie sich, Ihre Lebenssituation auf folgenden Gebieten aktiv zu gestalten? Bemühen Sie sich ... die Freizeit sinnvoll zu verbringen ... den Anforderungen in der Arbeit gerecht zu werden ... einen den Preisen entsprechenden Lohn zu erhalten ... Bildung und Wissen zu erweitern ... in sehr hohem Maße, in hohem Maße, in mittlerem Maße, in geringem Maße, gar nicht?

Tabelle 3: Vergleich der Handlungsabsichten von Befragten mit unterschiedlichem Zeitbewußtsein

Bemühungen	Formen des Zeitbewußtseins			
	linear offen (n)	linear geschl. Mittelwert* (n)	zyklisch (n)	okka- sionell (n)
- um den Anforderungen in der Arbeit gerecht zu werden	1,6 (502)	1,5 (317)	2,3 (51)	1,8 (57)
- einen den Preisen entsprechenden Lohn zu erhalten	2,2 (516)	2,1 (335)	2,8 (83)	2,2 (60)
- Bildung und Wissen zu erweitern	2,4 (716)	2,2 (419)	3,4 (148)	2,8 (89)

(Die Fragen wurden nur an berufstätige Personen gestellt.)

*Mittelwerte der Antworten auf einer 5stufigen Skala zu Handlungsabsichten bei Befragten, die verschiedene Formen des Zeitbewußtseins präferieren. Dabei bedeutet 1 = in sehr hohem Maße und 5 = gar nicht. Daten aus der Untersuchung „Leben Ostdeutschland 1993“, N = 1548.

Quelle: Eigene Darstellung

sind heute insbesondere die beruflichen und territorialen Mobilitätsanforderungen, die zu tiefen Eingriffen in die Lebensgestaltung der Menschen führen können.

b) Bereich Freizeit

1. Kriterium: In der Zukunft zu erwartende Veränderungen

Die Freizeitgestaltung kann heute unabhängig von staatlichen Vorgaben erfolgen. Beschränkungen wie in der DDR – vor allem der Mangel an Waren und Dienstleistungen sowie die fehlende Reisefreiheit – gibt es nicht mehr. Damit sind die vor der Wende notwendigen Bemühungen zur Kompensation der Mangelwirtschaft entfallen, die auch die Freizeitkultur in der DDR geprägt hatten. Die Freizeitgestaltung wird jetzt ungleich stärker von den materiellen bzw. finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Haushalte beeinflusst und ist damit eng mit der beruflichen Situation der Haushaltsmitglieder verbunden. Daraus resultiert, daß zukünftige Veränderungen in der Freizeitgestaltung von entsprechenden Veränderungen im Haushaltsbudget abhängen und diese im wesentlichen von der Einkommens-, also von der Arbeitssituation.

Ein interessanter Indikator sind in diesem Zusammenhang die Vorstellungen über die Verbesserung/Verschlechterung des Lebens mit Kindern. Hierin kommen verschiedene Aspekte einer langfristigen Lebensplanung zum Ausdruck. 1990 nahmen 35 Prozent der in der Untersuchungsreihe „Leben DDR/Ostdeutschland“ befragten Personen an, daß es zu Verbesserungen der das Leben mit Kindern betreffenden Bedingungen kommen werde, 22 Prozent gingen von Verschlechterungen aus. 1993 hat sich die Zahl der Befragten, die entsprechende Verbesserungen erwarteten, fast halbiert, während sich die Anzahl derjenigen mit negativen Erwartungen verdoppelte. Dies und nicht zuletzt auch der Rückgang der Geburtenzahlen verdeutlichen das Ausmaß der zukünftig erwarteten Veränderungen bzw. der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lebensbedingungen.

2. Kriterium: Ausmaß der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten

Formal resultieren aus den verbesserten äußeren Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung auch bessere eigene Handlungsmöglichkeiten. Angebotsmängel sowie ideologische Vorgaben schränken den Gestaltungsspielraum nicht mehr ein. Dafür gewinnt die eigene finanzielle Situation für die Freizeitgestaltung entscheidend an Gewicht. Die neue Reisefreiheit sowie die zahlreichen anderen hinzugekommenen Möglichkeiten können zumeist nur in Abhängigkeit vom Einkommen genutzt werden.

Auch hier läßt sich – wieder anhand der empirischen Daten der Untersuchungsreihe „Leben DDR/Ostdeutschland“ – ein Zusammenhang zwischen den eigenen Bemühungen um die Gestaltung der Freizeit und den zukünftig erwarteten Veränderungen herstellen. Wie schon im Bereich Arbeit und Beruf bestand 1990 zunächst kein Zusammenhang zwischen der Art der Zukunftserwartungen und der Ausprägung der Handlungsabsicht. Anders 1993: Diejenigen Befragten, die eine Verbesserung der Bedingungen erwarteten, gaben jetzt signifikant höhere Handlungsabsichten an.

3. Kriterium: Vorhersehbarkeit der Zukunft

Die Freizeit kann unter den neuen Bedingungen relativ spontan gestaltet werden. Zukunftsbilder hängen nun im wesentlichen von den individuellen Wünschen und Neigungen sowie von den materiellen Möglichkeiten der Haushalte ab. Damit ist auch im Freizeitbereich die Zukunft relativ schwer vorhersehbar bzw. offen. Da insbesondere reli-

göse Weltanschauungen eine gewisse Vorhersehbarkeit der Zukunft unterstellen, die Bevölkerung in Ostdeutschland aber stark säkularisiert ist, wird auch unter diesem Aspekt die Zukunft von den meisten Menschen kaum als vorhersehbar betrachtet werden. Trotzdem gaben 1993 immerhin 29 Prozent der Befragten an, sich in ihrem Leben auf ein bestimmtes letztendliches Ziel zuzubewegen.

V. Fazit

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands sind die Menschen aus der DDR zugleich mit einem neuen makro-sozialen Zeitbewußtsein konfrontiert worden. Der Umgang mit Gegenwart, Zukunft und Vergangenheit muß nun von ihnen neu erlernt werden. Diese völlig veränderte Situation läßt sich wie folgt beschreiben:

Erstens: Der Untergang des „vormundschaftlichen Staats“ ging zugleich mit dem Verlust von Sicherheit, Geborgenheit und Kontinuität einher, wodurch eine allgemeine Bequemlichkeit und Passivität gefördert worden waren. Außerdem ist der Verlust relativ scharf umrissener, klarer Zukunftsvorstellungen, die von Vorhersehbarkeit, Fremdbestimmtheit und Fortschreibung der Gegenwart geprägt waren, zu konstatieren. Hypothetisch kann damit vom Verlust der DDR-Identität gesprochen werden.

Zweitens: Mit dem durch die Einführung der sozialen Marktwirtschaft entstandenen Bruch des bisherigen subjektiven Zeitbewußtseins wurde die individuelle Suche nach neuen Zukunftsvorstellungen, an denen sich auch die konkreten Handlungsabsichten orientieren, notwendig. Sie sind derzeit noch weitgehend unscharf, nebulös und unentwickelt.

Drittens: Die Menschen stehen heute vor dem Problem, daß mit dem bereits zurückgelegten Leben und den bisher getroffenen Entscheidungen, z. B. für einen bestimmten Beruf, die Zukunft weitgehend determiniert ist. Ihre Entscheidungen sind unter völlig anderen Bedingungen zustande gekommen als die der Bürger der alten Bundesländer. Die Ostdeutschen müssen jedoch unter den veränderten Rahmenbedingungen mit ihren weitgehend unveränderbaren, weil gelebten Biographien zurechtkommen.

Viertens: Ein großer Teil der Bevölkerung der früheren DDR hat sich bereits ein linear offenes Zeitbewußtsein angeeignet. Dies ist jedoch nicht zugleich auch jener Personenkreis, der mit den ver-

änderten Bedingungen am besten umzugehen versteht. Das ergab sich bei der Betrachtung solcher Variablen wie Lebenszufriedenheit, optimistische Zukunftserwartungen und Handlungsbemühungen. Danach haben Befragte mit einem (z. B. noch nicht umgestellten) zyklischen Zeitbewußtsein die niedrigste Lebenszufriedenheit, die pessimistischsten Zukunftserwartungen und – wahrscheinlich aufgrund ihres höheren Alters – im Bereich Arbeit und Beruf die geringsten Handlungsbemühungen. Offenbar ermöglicht ihnen ihr zyklisches Zeitbewußtsein, d. h. die damit verbundene zyklische Betrachtung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, nur schwer eine Neu-Sozialisation unter den veränderten Bedingungen.

Den Gegenpol bildet die zahlenmäßig kleinere Gruppe der Untersuchungspersonen mit einem linear geschlossenen Zeitbewußtsein. Es ist zu vermuten, daß ihnen eine Umstellung ihrer zeitlichen Lebensgestaltung erspart geblieben ist, da sie auch unter den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR ein bestimmtes Lebensziel – beispielsweise in bezug auf eine berufliche Karriere – anzustreben versucht hatten.

Interessant ist, daß Personen mit okkasionellem Zeitbewußtsein, die nach dem Zusammenbruch der DDR ebenfalls nicht unbedingt eine Veränderung ihres Zeitbewußtseins vornehmen mußten, den Personen mit linear geschlossenem Zeitbewußtsein am ähnlichsten sind. Offenbar ist es mehr oder weniger unverändert möglich, sowohl „in den Tag hinein“ zu leben als auch weiterhin bestimmten idealen Lebenszielen anzuhängen.

Probleme haben besonders jene Menschen, die sich – vor allem in der Zeit seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – auf ein linear offenes Zeitbewußtsein umstellen mußten, noch stärker aber diejenigen, die eine solche Umstellung ablehnen.

Das Zeitbewußtsein wird so zu einer Elementarkategorie mit hohem Beschreibungswert im Rahmen der Einstellungsforschung und macht Grundhaltungen zur sozialen Transformation in Ostdeutschland plausibel. Der bevorzugte Typ des subjektiven Zeitbewußtseins erklärt auch grundlegende individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen während des sozialen Umbruchs in Ostdeutschland. Aus der Interpretation des veränderten Zusammenhangs zwischen dem eigenen Verhalten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ergeben sich Impulse für die Überprüfung übernommener Wertpräferenzen, für Strategien zur Erhaltung des individuellen Wohlbefindens und schließlich für die Entwicklung und Begründung von Handlungsstrategien.

Lothar Fritze: Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/95, S. 3-9

Untersucht werden Haltungen der Bürger der vereinigten Bundesrepublik Deutschland zu den Problemen des Vereinigungsprozesses sowie daraus resultierende Fehlbeurteilungen und Ost-West-Mißverständnisse. Um Irritationen abzubauen, wird Westdeutschen geraten, die ambivalente Einstellung vieler Ostdeutscher zur früheren DDR zu bedenken. Dazu ist es notwendig, die Identifikationsmöglichkeiten zu analysieren, die selbst autoritäre oder totalitäre Systeme ihren Bürgern bieten können. Ostdeutschen, die nach wie vor starke emotionale Bindungen zu bestimmten DDR-Realitäten aufrechterhalten oder bestimmten Problemlösungen nachtrauern, wird empfohlen, entweder den Preis zu bedenken, mit dem bestimmte Vorzüge erkaufte wurden, oder aber ihre Unvereinbarkeit mit der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik zu erkennen. Gleichwohl sollte man sich auf westlicher Seite um differenziertere Stellungnahmen zur DDR-Realität bemühen.

Rosmarie Beier: Bericht zur (mental) Lage der Nation. Was die Besucher einer Berliner Ausstellung über die deutsch-deutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft denken

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/95, S. 10-18

Von März bis Dezember 1993 wurde im Deutschen Historischen Museum in Berlin die kulturhistorische Ausstellung „Lebensstationen in Deutschland 1900 bis 1993“ gezeigt. Besonders die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Lebenswege in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland löste eine Flut von Äußerungen in eigens dafür ausgelegten Besucherbüchern aus. Mit rund 7500 Meinungsbekundungen entstand hier eine höchst aufschlußreiche Quelle zur Zeitgeschichte, die sich so aus anderen Formen der Datenerhebung kaum gewinnen läßt. Die Besucheräußerungen fordern heraus zum Streit untereinander, zum Dialog und zum gemeinsamen Weiterdenken.

Kein Konsens besteht auf Seiten der Besucher hinsichtlich der Einschätzung des Lebensweges in der sozialistischen Gesellschaft. Ehemalige DDR-Bürger gehen selektiv mit ihrer Erinnerung um, indem sie die individuelle Biographie kappen um den offiziellen, verordneten Teil ihres Lebens, der als der nicht-authentische beiseite geschoben wird. Anstelle politischer Aufarbeitung der Vergangenheit machen sich Bedauern angesichts der verlorenen Lebenswelt und Rückwärtsgewandtheit breit. Der gerade von Analytikern des Zeitgeschehens geforderte nüchterne, kritische Blick auf die Zustände im real existierenden Sozialismus ist kaum vorhanden, und Ansätze einer in diesem Sinne wirkenden (schulischen) Bildung sind nicht zu erkennen.

Besucher aus West und Ost haben das Gefühl, von der Wiedervereinigung überrollt worden zu sein. Groß ist auf beiden Seiten oftmals das Erstaunen angesichts der mentalen Differenzen, und niemand würde wohl derart massiv von Fremdheit sprechen, wenn es um die Nachbarn in der Europäischen Union ginge, wie es in den Besucherbüchern zwischen Deutschen geschieht. Ein Gefühl der Überforderung angesichts der deutsch-deutschen Gegenwart und Zukunft führt auf östlicher wie westlicher Seite zum Plädoyer für Verlangsamung, und auf beiden Seiten sind Vorbehalte hinsichtlich einer kurzfristigen Homogenisierung der Verhältnisse auszumachen.

Michael Häder/Peter Ph. Mohler: Zukunftsvorstellungen der Menschen als Erklärungsvariable für die Krise in der DDR und die gegenwärtige Situation in Ostdeutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/95, S. 19–27

Zur Erklärung der gegenwärtigen Situation in den neuen Bundesländern werden in diesem Aufsatz zwei Grundannahmen diskutiert. Demnach ist erstens der Sozialismus in der DDR an den Zukunftsvorstellungen der Menschen, an der von ihnen immer stärker wahrgenommenen Gefahr gescheitert, daß das gegenwärtige Lebensniveau künftig nicht mehr gewährleistet sein könnte. Mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 und der damit verbundenen Übernahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sehen sich die Menschen nun jedoch zweitens mit einer relativ unsicheren Zeitperspektive und – damit zusammenhängend – neuen Problemen konfrontiert.

Zunächst werden einige Grundbestandteile zeittheoretischen Denkens umrissen und dabei drei Kriterien herausgearbeitet, mit deren Hilfe das Zeitbewußtsein und die Zeitperspektive der Menschen in der DDR bzw. – heute – in den neuen Bundesländern beschrieben werden können: 1. Welche Veränderungen sind in der Zukunft zu erwarten? 2. Wie sieht dabei der individuelle Handlungsspielraum der Menschen aus? 3. In welchem Maße wirkt die Zukunft als vorherbestimmt?

Im Anschluß daran erfolgt eine Darstellung der Zeit- und Zukunftsvorstellungen der Menschen vor der Wende im Herbst 1989 und danach. Während sich die Analyse der Situation vor der Wende vor allem auf Materialien der SED und auf inzwischen zugängliche Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR stützt, stehen für die Einschätzung der gegenwärtigen Situation repräsentative Ergebnisse aus der Untersuchungsreihe „Leben DDR/Ostdeutschland“ zur Verfügung. Mit dem Ziel, anhand der genannten drei Kriterien Aussagen über das Zeitbewußtsein und die neue Zeitperspektive der Menschen in Ostdeutschland treffen zu können, werden exemplarisch die Bereiche Arbeit und Freizeit betrachtet.

Im Ergebnis zeigt sich, daß mit dem Untergang des „vormundschaftlichen Staates“ zugleich der Verlust von Sicherheit, Geborgenheit, Kontinuität und – damit im Zusammenhang stehend – des bisherigen subjektiven Zeitbewußtseins einhergeht. Neue Zukunftsvorstellungen, an denen sich konkretes Handeln orientiert, sind derzeit noch weitgehend unscharf ausgebildet. Schließlich stehen die Ostdeutschen vor dem Problem, unter veränderten Rahmenbedingungen mit weitgehend unveränderbaren, weil gelebten Biographien zurechtkommen zu müssen.

Hinweis der Redaktion: Die Autoren Peter Rudolf und Jürgen Wilzewski machten uns darauf aufmerksam, daß in dem Beitrag von Charles M. Weston: Die US-Außenpolitik zwischen Kontinuität und Neubestimmung, B 17/95, von diesem Gedanken und Formulierungen ohne entsprechende ausreichende Hinweise übernommen worden sind, und zwar aus: Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski, Weltpolitik als Weltordnungspolitik? Amerikanische Außenpolitik zwischen Prinzip und Pragmatismus, in: Matthias Dembinski/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1994, sowie Peter Rudolf: Ansätze zur Rationalität: Internationales System und nationale Interessen, in: Gebhard Schweigler (Hrsg.), Zur weltpolitischen Rolle der USA, Ebenhausen 1994. Charles M. Weston bedauert, daß er die Autoren P. Rudolf und J. Wilzewski in seinem Beitrag nicht in ausreichender Form zitiert hat.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis,
Sach- und Personenregister



25,- DM

zuzügl. Versandkosten

Jahrgang **1994**

Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)

Jahrgang: 1993



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell-

Adresse: Fleischstraße 62-65,

Telefax (06 51) 97 99-153

Das Parlament,

Vertriebsabteilung

54290 Trier

Aus Politik
und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesamtverzeichnis
1953-1992

Bundeszentrale für politische Bildung

Vierzig Jahre
**Aus Politik
und Zeitgeschichte**

**Gesamtverzeichnis
1953-1992**

Chronologisches Register,
Autorenregister,
Schlagwortregister

286 Seiten, broschiert

Preis: 15,- DM

zuzügl. Versandkosten